

# Erziehung und Wissenschaft

**GEW**

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

12/2005



**PISA 2003**  
**Chancen-  
gleichheit:  
ungenügend**

# Ohne großen Neuigkeitswert

**Aber: Die gesellschaftliche Herausforderung für Bildung ist größer, als PISA glauben machen will**



Dr. Richard Meng,  
Berlin-Korrespondent der Frankfurter Rundschau

Foto: privat

PISA – der gewohnte Reflex? Irgendwas war anders diesmal. Mit oberflächlichem Blick erkennt man schwer, was das ist. Wer es verstehen will, muss sich das veränderte bildungspolitische Umfeld dieses Herbstes anschauen.

Erneut belegt eine PISA-Studie, dass die deutschen Kinder trotz eines Aufholprozesses beim Trainingsrückstand international nur Mittelmaß sind. Bei dem, was PISA misst, wohlgemerkt. Erneut wird jetzt bei der im November präsentierten Aufschlüsselung nach Bundesländern ein beträchtlicher regionaler Niveau-Unterschied bescheinigt. Bei denen, die nun mal auf die untersuchten Schulen gelangt sind, was in Bayern ja nach wie vor eine ganz andere Hürde bedeutet als anderswo. Erneut werden solche scheinbar ganz objektiven Messergebnisse trefflich benutzt. Für und gegen mehr Leistungsdruck oder mehr gemeinsames Lernen, für und gegen mehr Länderkompetenzen im Vergleich zum Bund oder umgekehrt. Und doch: Das Echo ist leiser als sonst. Nicht nur, weil diese Art der Debatte langsam langweilt und die Kultusminister sogar schon wieder sehr auf Entwarnungs-Rhetorik setzen – nach dem Motto, es sei nun doch alles weniger schlimm als noch vor drei Jahren. Es hängt auch nicht allein mit dem Datum der Veröffentlichung zusammen. Das war Anfang November. Am Wochenende zuvor war routinemäßig wieder das Wichtigste durchgesickert und vorinterpretiert worden. Einen Tag später schon hatte die

Republik mit Nables-Krach, Müntefering-Rücktritt und Stoiber-Rückzug Spannendes zu erleben. Die Regierungsbildung in Berlin hat dann erst recht jedes andere Thema überlagert. Ob das aber bei bildungspolitischer Betrachtung schade ist oder eher ein Segen: Die Antwort hängt damit zusammen, wie viel normative Aussagekraft man den PISA-Studien überhaupt zuschreibt. Auf die allseitige Instrumentalisierungsroutine jedenfalls kann gerne verzichtet werden.

Das Interessante ist nun aber: Die neue große Koalition wirkt sich jetzt schon aus, denn auch für die Bildungspolitik ändert sich der öffentliche Resonanzraum. Erkennbar wird das im allgemeinen Nichtangriffspakt zwischen Union und SPD. Zumindest für das erste großkoalitionäre Jahr wird erhalten. Also ändern sogar die Pressestellen der Kultusministerien ihre Reflexpraxis. Und die großen gesellschaftlichen Verbände verzichten, was weit über den Bildungsbereich hinaus erkennbar ist, auf manch gewohnte öffentliche Zuspitzung entlang der alten Konfliktlinien von Regierung und Opposition. Die Lobbyarbeit verändert sich, von Berlin ausgehend, bis hinunter in die Länder.

Das kann leicht zu einer Schweigespirale führen. Die bunte neue Opposition von Guido Westerwelle bis Oskar Lafontaine ist in sich viel zu kontradiktorisch, als dass von ihr klare Diskussionsrichtungen ausgehen könnten. Wer Einfluss nehmen will, versucht eher diskret, in den großen Parteien Ansprechpartner zu finden. Der öffentliche Diskurs da- zu jedoch, wie auch die Fö-

deralismusreform mit ihrer Zersplitterungstendenz je nach Länderinteressen zeigt, wird damit für engagierte Bildungspolitiker aber noch viel schwieriger.

Was bedeutet dieser veränderte Rahmen für die Qualitätsdiskussion an den Schulen? Wie alles, was schwierig ist, birgt er eine Gefahr und zugleich eine Chance. Die Chance liegt darin, dass Scheindebatten verzichtbar werden, in denen ohne praktische Umsetzungschancen in der realen Politik und mehr als Teil allgemeiner Interessensrhetorik im Spannungsfeld von Regierung und Opposition letztlich doch eher alte Argumente PISA-tauglich neu aufgelegt wurden. Eine Chance ist, dass vielleicht der Kern allen Engagements, die Anstrengung für eine bessere Schule, gegenüber der tagesaktuellen Verpackung an Bedeutung gewinnt. Dass der Inhalt von Bildung und Erziehung neben dem wahrlich zu verbessernden Training für Lesen, Schreiben und Rechnen wieder wichtiger wird. Die Gefahr andererseits ist am anschaulichsten mit Angela Merkels Begriff vom „Durchregieren“ beschrieben. Große Koalitionen können brutal ignorant sein. Bildungspolitisch heißt das: Die so genannte Anwendungsbezogenheit, man kann auch sagen: Wirtschaftsverwertbarkeit schulischer Inhalte darf jetzt nicht noch mehr zum Ersatzmaßstab für Bildungs- und Erziehungsqualität werden. Auch nicht der Ehrgeiz von Eltern mit Abstiegsängsten, die nur eines im Sinn haben: möglichst früh den Weg zum Abitur für die eigenen Kinder unumkehrbar zu machen.

In diesen beiden Punkten ist ein Bündnis der großen Parteien allemal besonders anfällig für vehement vorgetragene Interessen aus den so genannten Kernbereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Während – siehe die Jugendunruhen in Frankreich – gerade jetzt bildungspolitisch ein neuer, engagierter Integrationskurs gegenüber den bildungsfernen Milieus dringlicher ist denn je. Da stellen sich dann auch viele qualitative Fragen neu nach Grundschulpädagogik, Werteattraktivität und sozialen Normen, die mit PISA-Leistungstests nicht zu beantworten sind.

Der allgemeine Ranking-Wahn, den letztlich auch die PISA E-Studie mit ihrer Bundesländer-Hitliste wieder bedient, führt leicht zu einfachen Scheinobjektivitäten mit Absolutheitsanspruch, die eine solche neue Integrationsanstrengung als weniger wichtig erscheinen lassen. Gerade in großkoalitionären „Mainstream-Zeiten“ kann es sein, dass dagegen noch schwerer anzu-kommen ist, weil Union und SPD ja glauben, mit Vergleichstests und Sprachkursen den richtigen Weg schon vor Augen zu haben. So gesehen ist es fast schon wieder erfreulich, wie schnell die neuesten PISA-Befunde öffentlich als das abgehakt wurden, was sie sind: Momentaufnahmen ohne großen Neuigkeitswert. Die tatsächliche Herausforderung für Bildung als Kitt der Gesellschaft ist größer, aber auch anspruchsvoller.

Richard Meng

**Gastkommentar** WWW

Ohne großen Neuigkeitswert Seite 2

**Auf einen Blick/Impressum**

Seite 4

**Titel PISA 2003** WWW

- 1. Ein Schusterjunge wird kein Professor Seite 6
- 2. Kommentar: Vertrauen erschüttert Seite 9
- 3. Anti-Gesamtschulkampf fand nicht statt Seite 10
- 4. IQB: Köller will gar nicht evaluieren Seite 11

**Bildungspolitik** WWW

- 1. Bildungskiller Föderalismusreform Seite 13
- 2. E&W-Interview mit MdB Jörg Tauss Seite 14
- 3. Testeritis in Hessen Seite 20

**Lehrermarktlage**

- 1. Länder sparen bei Lehrereinstellung Seite 15
- 2. Kommentar: Nichts gelernt Seite 16

**Tarif- und Beamtenpolitik**

E&W-Serie zum TVöD Seite 17

**Gesellschaftspolitik**

Koalitionsvertrag: Tut mir leid, Frau Merkel! Seite 18

**Weiterbildung**

Ausverkauf der Chancen Seite 19

**Jugendhilfe**

E&W-Kita-Serie zum Bildungsbuch Seite 22

**Berufliche Bildung**

Kommentar: Jugend braucht Zukunft Seite 24

**Internationales**

Spendenflut und Solidarität Seite 25

**Hochschule**

Hoch gebildete Null-Euro-Jobber Seite 26

**Landesverbände**

GEW Hamburg feiert 200. Geburtstag Seite 27

**Junge GEW**

Junglehrertreffen in Baden-Württemberg Seite 28

**GEW-Intern**

Nachruf: Erich Frister ist tot Seite 29

**Marktplatz**

Seite 30

**Leserforum**

Seite 33

**Recht und Rechtsschutz**

Seite 34

**Diesmal**

Seite 40

Titel: Werbeagentur Zimmermann

 auch im Internet unter [www.gew.de](http://www.gew.de)

**Ein Schusterjunge wird kein Professor** – so lauten Titel und Titelgeschichte unserer Dezember-Ausgabe. Der PISA-Bundesländervergleich erteilt dem deutschen Bildungssystem ein vernichtendes Zeugnis, stellt *Max Loewe* fest. Der Kenntnisevorsprung von Jugendlichen aus der Oberschicht gegenüber Gleichaltrigen aus der Unterschicht nimmt zu. Kritik an seinen Methoden muss sich auch das deutsche PISA-Konsortium gefallen lassen: **Vertrauen erschüttert** kommentiert GEW-Schulexpertin *Mari- anne Demmer* und hält dem deutschen PISA-Chef, *Manfred Prenzel*, vor, teilweise mit „unsauberen Methoden“ gearbeitet zu haben. Demmer weist in dem Beitrag **Anti-Gesamtschulkampf fand nicht statt** darauf hin, dass der Schulformvergleich für „einige Überraschungen“ sorgte. *Christian Füller* wirft einen kritischen Blick auf das „Institut für Qualitätsentwicklung in der Bildung (IQB) und dessen Leiter. Er stellt dabei fest: **Köller will gar nicht evaluieren**. Die Hoffnung der Kultusminister, dass das IQB zum Rettungsring für das Riesenproblem, in dem die Bildung steckt, wird, scheint sich nicht zu erfüllen. Unabhängig von PISA ist aber eines klar, schreibt *Richard Meng* in dem Gastkommentar **Ohne großen Neuigkeitswert**: Die gesellschaftliche Herausforderung für Bildung ist größer, als die Vergleichsstudie glauben machen will. Schwerpunkt **PISA 2003 ab Seite 6**



**Als Bildungskiller** analysiert *Matthias Anbuhl* die Föderalismusreform, die die Großkoalitionäre verabredet haben. Die neue Regierung von CDU/CSU und SPD will die Bildungskompetenzen des Bundes massiv stützen. Lässt sich diese Absicht noch umkehren? Im E&W-Interview **Bildung ist eine nationale Aufgabe** setzt der bildungspolitische Sprecher der SPD *Jörg Tauss*, darauf, doch noch genügend Widerstand gegen die Zersplitterung des Bildungswesens organisieren zu können. **Seiten 13 und 14**



**Ausverkauf der Chancenlosen**: „25 Jahre berufliche Benachteiligtenförderung – war’s das?“ fragt *Henning Schierholz*. Er bescheinigt der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht nur einen Paradigmenwechsel in ihren Grundsätzen. Der Weiterbildungsexperte sieht bei der Förderung von Maßnahmen für Jugendliche künftig nur noch das „Verdict der Ökonomie“ auf dem Vormarsch.

Der Schwerpunkt der nächsten E&W-Ausgabe setzt sich mit den Jugendprotesten in Frankreich auseinander.

*Die E&W-Redaktion wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein friedvolles und heiteres Weihnachtsfest – und natürlich einen guten Start ins Jahr 2006.*

## Mehrwertsteuer? Finger weg!

attac, campact, IG Metall und das Tax Justice Network haben eine Kampagne unter dem Motto „Mehrwertsteuer? Finger weg! Es gibt Alternativen!“ gestartet. Sie fordern von SPD und Union, auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu verzichten. Stattdessen sollen Steuerschlupflöcher geschlossen sowie große Vermögens- und Unternehmensgewinne angemessen besteuert werden. Zudem fordern die Organisationen, dass die Steuerprüfung von einer Länder- zur Bundesaufgabe wird. Damit könne Steuerbetrug effektiver bekämpft werden. Weitere Informationen zur Kampagne finden Sie unter: [www.campact.de](http://www.campact.de)

## Jungen mit schlechteren Noten

Jungen in der vierten Grundschulklasse erhalten bei gleicher Leistung in Deutsch und Sachkunde oft schlechtere Noten als Mädchen. Dies geht aus einer Detailanalyse der „Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung“ (IGLU) zum Leseverständnis von Viertklässlern hervor, die der wissenschaftliche Leiter der Studie, Wilfried Bos, jetzt vorgestellt hat. Ursache für die besseren Noten der Mädchen sei möglicherweise deren Wohlerhalten, sagte der Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Uni Dortmund. Die Hauptergebnisse von IGLU waren bereits im Frühjahr 2003 vorgestellt worden. Die GEW begrüßte die weiteren Auswertungen der IGLU-Untersuchung. „Die Grundschullehrkräfte demonstrieren jeden Tag, dass man mit leistungsgemischten Lerngruppen auch im internationalen Vergleich gute Ergebnisse erzielen kann“, sagte Schulexpertin Marianne Demmer.

## Mehr in Leseförderung der Kinder investieren

Für mehr Investitionen in die Leseförderung der Kinder hat sich die GEW stark gemacht. Sie schlug ein Zehn-Millionen-Euro-Projekt der Bund-Länder-Kommission vor. „In die Leseförderung muss so viel investiert werden wie in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Der Vorlesetag ‚Große für Kleine‘, den die ‚Stiftung Lesen‘ und die ‚ZEIT‘ ausgerufen haben, ist ein wichtiges Signal“, sagte GEW-Schulexpertin Marianne Demmer. Sie machte deutlich, dass sich bei der Lesekompetenz der Schüler seit Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie 2000 keine signifikanten Verbesserungen ergeben hätten. Dies gelte vor allem für die fast 25 Prozent so genannter Risikoschüler, die nicht ausreichend lesen und rechnen könnten. „Vorlesen spielt beim Erwerb der Sprachkompetenz eine sehr wichtige Rolle“, unterstrich Demmer. Sie wies darauf hin, dass die GEW in der Leseförderung aktiv sei. Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der Bildungsgewerkschaft stehe für Leseförderung von der Kita bis zur Weiterbildung: [www.gew.de/arbeitsgemeinschaft\\_jugendliteratur\\_und\\_medien\\_ajum.html](http://www.gew.de/arbeitsgemeinschaft_jugendliteratur_und_medien_ajum.html)



Foto: Jürgen Blüthlin

**25 Prozent der Schüler können nicht ausreichend lesen und rechnen.**



Foto: dpa

**Jürgen Kluge, McKinsey**

## Programm für frühkindliche Bildung

Ein Investitionsprogramm von 6,5 Milliarden Euro zur Förderung der frühkindlichen Bildung in Deutschland hat die Unternehmensberatung McKinsey gefordert. Damit solle eine verpflichtende Fachhochschulausbildung für Erzieherinnen, eine nationale Qualitätsagentur für Kitas, der Ausbau weiterer Krippenplätze und ein Sonderprogramm für die Betreuung von Kindern und Eltern in sozialen Brennpunkten finanziert werden. „Je früher Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft an Bildung teilhaben können desto mehr Chancengerechtigkeit wird es in diesem Land geben“, sagte McKinsey-Geschäftsführer Jürgen Kluge. GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne, der seine Organisation auf dem McKinsey-Kongress vertrat, unterstützte die Forderung der Unternehmensberatung.

## Rechte älterer Arbeitnehmer gestärkt

Die GEW hat die Bundesregierung aufgefordert, die Befristungsregelung für Beschäftigte ab dem 52. Lebensjahr im Teilzeit- und Befristungsgesetz zu novellieren. Damit sollen bestehende Diskriminierungen beseitigt werden. „Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind keine Beschäftigten zweiter Klasse. Sie haben ein Recht darauf, auf dem Arbeitsmarkt genauso wie alle anderen behandelt zu werden“, sagte GEW-Vorstandsmitglied Anne Jenter. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), mit dem der Diskriminierung älterer Arbeitnehmer durch die Hartz-Gesetzgebung Einhalt geboten wird, müsse man jetzt in nationales Recht umsetzen. Nach dem EuGH-Spruch ist es nicht mehr erlaubt, Arbeitsverträge von Arbeitnehmern mit über 52 Jahren permanent ohne sachlichen Grund zu befristeten.

## Keine Ausnahmeregelung für Bildung

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments hat der EU-Dienstleistungsrichtlinie zugestimmt. Nun geht die Richtlinie im Januar zur ersten Lesung ins Plenum. Die Richtlinie schreibt das Herkunftslandprinzip fest. Dieses sieht vor, dass beispielsweise ein in Litauen zugelassenes Beratungsunternehmen für Computer seine Dienste überall in der EU anbieten kann, ohne zusätzliche Genehmigungen einholen zu müssen. Entgegen der bisherigen Verlautbarungen wird der Bildungsbereich nun doch nicht aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie herausgenommen. DGB und GEW hatten sich gegen das Herkunftslandprinzip ausgesprochen, weil es Schutzrechte der Arbeitnehmer abbaut und Lohndumping sowie Arbeitsplatzverluste nach sich zieht. GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne stellte fest, dass dem Bildungswesen eine weitere Privatisierung und Deregulierung drohe: „Qualitätsverluste und die Zunahme von Chancengleichheit sind die Folge!“

## Ansprüche anmelden

Die Ansprüche für das Jahr 2005 auf Zuschläge für Kinder von Beamtinnen und Beamten mit drei und mehr Kindern müssen bis spätestens 31. Dezember beim Dienstherrn geltend gemacht werden. Sonst werden die Ansprüche für dieses Jahr nicht anerkannt. In dieser Angelegenheit sind mehrere Verfahren bei unterschiedlichen Verwaltungsgerichten anhängig. Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an die für Sie zuständige Landesrechtsschutzstelle der GEW.

## Impressum

### Erziehung und Wissenschaft Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung - 57. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Vorsitzender: Ulrich Thöne. Redaktion: Ulf Rödde (verantwortlich), Helga Haas-Rietschel. Redaktionsassistent: Renate Körner Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann Postanschrift der Redaktion: Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt a. M., Telefon (0 69) 7 89 73-0, Telefax (0 69) 7 89 73-2 02. E-Mail: [Renate.Koerner@gew.de](mailto:Renate.Koerner@gew.de) Internet: <http://www.gew.de> Redaktionschluss ist der 10. eines jeden Monats.

Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich € 7,20 zuzüglich € 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen; Verantwortl. f. Anzeigen: Mathias Müller, Tel. (02 01) 8 43 00-0, Telefax (02 01) 47 25 90, [anzeigen@stamm.de](mailto:anzeigen@stamm.de); z. Z. gültige Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. 1. 2005; Anzeigenschluss am 5. des Vormonats. Druck: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt. E&W wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



ISSN  
0342-0671

## Egitim-Sen nicht verboten

Das Arbeitsgericht Ankara hat in der entscheidenden Sitzung zu Gunsten der türkischen Lehrgewerkschaft Egitim-Sen entschieden und damit das drohende Verbot abgewendet. Das ist ein großer Erfolg für die Lehrerinnen und Lehrer in der Türkei. Egitim-Sen hatte in der Vergangenheit weltweite Unterstützung von den in der Bildungsinternationalen organisierten Gewerkschaften, darunter auch die GEW, erhalten.

## Gaethgens zurückgetreten

Peter Gaethgens, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), ist überraschend zurückgetreten. Auslöser für den Rücktritt sind offenbar seit längerem anhaltende interne Spannungen zwischen Gaethgens und anderen HRK-Präsidiumsmitgliedern. Einen Nachfolger gab es bis Redaktionsschluss noch nicht. Die weiteren Präsidiumsmitglieder erklärten, dass sie für die Nachfolge nicht zur Verfügung ständen.



Foto: dpa

**Trat überraschend zurück:  
HRK-Präsident Peter Gaethgens**

## Fehlerteufel

In dem Artikel „Zulage beantragen“ (s. E&W 11/2005, Seite 4) hatte sich bei der Service-Telefonnummer der VBL ein Zahlendreher eingeschlichen: Die korrekte Nummer lautet: 01 80/5 21 49 51. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

# Den Wählern reinen Wein eingeschenkt?

**Kommentar von Ilse Schaad**



**Ilse Schaad ist beim  
GEW-Vorstand für  
Beamten- und Tarif-  
politik verantwortlich.**

Im Wahlkampf waren sich alle einig, dass man den Bürgerinnen und Bürgern vorher sagen müsse, was man nach der Wahl machen will. Das war genauso wahr wie in den vielen Wahlkämpfen zuvor. Wer sich jetzt durch die fast 200 Seiten starke Koalitionsvereinbarung gequält hat, findet außer viel Wortgeklingel wenig heraus. Die wahren Pläne der Großen Koalition hat man aus Zeitungen erfahren, die offenbar bessere Kontakte in interne Parteistrukturen hatten als die Mitglieder der großen Parteien. So wurde denn das eine oder andere Interview mit Parteitagsdelegierten über die Inhalte des Koalitionsvertrages zur Lachnummer. Die dem Altkanzler zugeschriebene Äußerung, er habe die alte Koalitionsvereinbarung nicht gelesen und habe nicht die Absicht, die neue zu lesen, fiel eher wohlthuend auf. Was sich hinter der Formulierung „Mit dem

Abbau von Steuervergünstigungen vereinfachen wir das Steuerrecht und verbreitern die Bemessungsgrundlage...“ verbirgt, ist die Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben. Die Beteiligung großer Vermögen und hoher Einkommen an der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage fällt eher dürrig aus. Dagegen werden Geringverdiener, Familien mit Kindern und abhängig Beschäftigte kräftig zur Kasse gebeten.

Die so genannte Reichensteuer, die Schließung der Steuersparfonds und die Versteuerung der Veräußerungsgewinne sollen zu Mehreinnahmen von drei Milliarden Euro führen. Allein die Kürzung beim ALG II ist höher als die Belastung für Großverdiener und Vermögende.

Da sowohl das Beamten- als auch das Tarifrecht im öffentlichen Dienst an die Kindergeldberechtigung (s. nebenstehender Kasten) anknüpfen, entfallen mit dem Kindergeld bei Beamtinnen und Beamten die Beihilfeberechtigung und die kinderbezogenen Bestandteile in der Besoldung, bei BAT-Beschäftigten und TVöD-Beschäftigten mit Besitzstandszulage entfällt der „Kinderzuschlag“.

Die Streichung des Kindergelds für über 25-Jährige wird Eltern von studierenden Kindern finanziell hart treffen. In vielen Studienfächern, z. B. in den Lehramtsstudiengängen, ist ein Studienabschluss bis zum 25. Lebensjahr eher die Ausnahme, im Bereich Medizin nahezu ausgeschlossen. Gleichzeitig sollen Studiengebühren eingeführt werden. Das trifft die gleiche Gruppe zusätzlich. Das ist ein weiterer Beitrag, Studieren in Deutschland noch mehr zu einer Frage des Geldbeutels zu machen.

Eine Koalitionsvereinbarung ist noch kein Gesetz. Deshalb müssen die Gewerkschaften jetzt zur Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder und zur Durchsetzung ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Chancengleichheit und Solidarität ihren ganzen Einfluss auf die politischen Parteien in die Waagschale werfen.

*Ilse Schaad*

## Geplante Maßnahmen für die Jahre 2006 – 2009, die abhängig Beschäftigte treffen:

- Personalabbau öffentlicher Dienst: **4 Mrd. €**
  - Abbau Zuwendungen: **4,2 Mrd. €**
  - Abbau Pauschalabgeltung versicherungsfremder Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (u. a. Mutterschaftsleistungen, dafür war von der letzten Regierung die Tabaksteuer erhöht worden!): **11,1 Mrd. €**
  - Einsparung bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige (d. h. Kürzungen beim ALG II): **15 Mrd. €**
  - Abbau von „Steuervergünstigungen und Subventionen“: **18,4 Mrd. €**, darunter v. a.:
    - Weitgehender Abbau der Pendlerpauschale (ohne den Arbeitnehmerfreibetrag zu erhöhen)
    - Abschaffung Eigenheimzulage
    - Reduzierung des Sparerfreibetrages auf 750 € / Ehepaare 1500 €
    - Wegfall der Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers, wenn es nicht Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit ist.
- Dazu kommen
- Anhebung der Umsatz- und Versicherungssteuer ab 1. Januar 2007: **28,3 Mrd. €**
  - Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge werden oberhalb von 25 € /Stunde sozialversicherungspflichtig
  - Erhöhung der Sozialversicherungsabgaben auf Minijobs,
  - und – besonders kinder- und familienfreundlich – Begrenzung von Kindergeld und Kinderfreibetrag bis zum 25. Lebensjahr: **800 Mio. €**

# Ein Schusterjunge

Der Bundesländervergleich der PISA-Studie erteilt den Deutschen ein schlechtes Zeugnis



*Chancengleichheit: ungenügend. Das deutsche Schulsystem hat entgegen den Reformbetuerungen der Kultusminister mit der Veröffentlichung des zweiten innerdeutschen PISA-Bundesländervergleichs der internationalen PISA-Studie 2003 erneut ein vernichtendes Zeugnis erhalten. Der Kenntnisvorsprung von Jugendlichen aus der Oberschicht gegenüber Gleichaltrigen aus der Unterschicht nimmt zu. Selbst bei gleichem Wissensstand und Lernvermögen hat ein Akademikerkind eine vier Mal so große Chance, das Gymnasium zu besuchen, wie ein Gleichaltriger aus einer Facharbeiterfamilie.*

**E**igentlich sollte die neue deutsche PISA-Präsentation am 3. November 2005 in Berlin ganz anders ausfallen – zumindest nach dem Wunsdenken der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Leiters des deutschen PISA-Konsortiums *Manfred Prenzel*. Die Veröffentlichung des reinen Bundesländer-Leistungsrankings, das von Medien und Öffentlichkeit stets vorrangig beachtet wird, hatten die Kultusminister wegen des Bundestagswahlkampfes bereits in den Juli vorgezogen. Ungeachtet der noch ausstehenden vertiefenden PISA-Ergebnisse konnte seitdem jeder auf der Homepage des bayerischen Kultusministeriums nachlesen, wohin die neue PISA-Botschaft offensichtlich zielen sollte: Ausgerechnet Bayern sollte als das Musterland der deutschen Chancengleichheit in der Schule herausgestellt werden. Bayern – in einer Grafik eingeordnet im gleichen PISA-Leistungsfeld wie Finnland. Der

Grund: An bayerischen Schulen gelingt es besser als in anderen Bundesländern, Unterschichtkinder zumindest zu einem guten Hauptschulabschluss zu führen. Doch dabei wird unterschlagen, dass danach in Bayern ausgeprägter als anderswo das Motto gilt: Schuster, bleib bei deinen Leisten! Das Abitur ist vorrangig für den, dem es von seiner Herkunft her auch gebührt.

## **Arm in Arm mit Prenzel**

Dass aber eine hohe Bildungsbeteiligung und eine sozial durchlässige Schule auch etwas mit Chancengleichheit zu tun haben und entscheidende Kriterien für die Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems sind, davon wollen offensichtlich hierzulande – anders als in Finnland – viele Bildungspolitiker nichts wissen. Ansonsten wollten sich die Kultusminister vor allem für ihre seit dem ersten PISA-Schock im Dezember 2001 eingeleiteten Maßnahmen loben lassen – und Arm in Arm mit Prenzel ih-

# wird kein Professor

re seit Monaten eingeübte PISA-Botschaft bekräftigen: Es geht aufwärts. Bitte, bloß nicht an den überkommenen deutschen Schulstrukturen rütteln! Doch die Vorab-Veröffentlichung einer wichtigen Tabelle (s. auch Seite 8) aus dem von Prenzel streng unter Verschluss gehaltenen PISA-Material durch die Deutsche Presse-Agentur (dpa) störte diese Strategie empfindlich. Die Chancenungleichheit im deutschen Schulsystem war plötzlich – eine Woche vor der offiziellen PISA-Präsentation – Thema auf den Titelseiten vieler Tageszeitungen. Verglichen werden in der Tabelle die Chancen zum Gymnasialbesuch von 15-Jährigen aus dem obersten Sozialstatus-Quartil (Akademiker/Führungskräfte) gegenüber Gleichaltrigen mit gleichen Kompetenzen in Lesen/Textverständnis und in Mathematik aus dem dritten Quartil (Facharbeiter). Danach haben Kinder aus Oberschichtfamilien laut PISA 2003 bundesweit eine 4,01 Mal größere Chance, zum Gymnasium zu gehen als Facharbeiterkinder.

## Krasse Ungleichheit in Bayern

Die Tabelle zeigt, dass in Prenzels vorgeblichem Schul-Musterland Bayern die Chancenungleichheit auf dem Weg zum Abitur besonders krass ausgeprägt ist: 15-Jährige aus dem obersten Status-Quartil haben dort eine 6,65 Mal größere Chance, das Gymnasium zu besuchen und die Reifeprüfung abzulegen, als Gleichaltrige aus einem Facharbeiterhaushalt. In Bayern legen nur 21,6 Prozent eines Jahrgangs das Abitur ab. Im Bundesschnitt sind es 27 Prozent, in einigen Ländern über 30 Prozent. Mit einem Wert von 6,16 kommt Sachsen-Anhalt auf den vorletzten Platz dieses Bundesländer-Vergleichs über Chancenungleichheit und soziale Durchlässigkeit. Dabei hatte gerade Sachsen-Anhalt seine reinen Schülerleistungen beim jüngsten PISA-Test erheblich steigern können. Ins Auge springt das schlechte Abschneiden von Nordrhein-Westfalen, wo Oberschichtkinder eine 4,35 Mal größere Abiturchance haben. Erstaunlich gut schneidet dagegen in Sachen soziale Förderung das zweigliedrige Schulsystem in Sachsen ab. Der Chancen-Vorteil für Kinder aus den besser gestellten Familien ist dort „nur“ 2,79 Mal so hoch. Sachsen hatte zugleich bei PISA 2003 seine Leistungs-Mittelwerte steigern können und in verschiedenen Disziplinen Baden-Württemberg auf den dritten Platz verdrängt. Vergleichsweise ausgewogen präsentie-

ren sich bei diesem Vergleich auch die Schulen in Niedersachsen (2,63), Hessen (2,71) und Schleswig-Holstein (2,88). Am besten schneidet Brandenburg mit einem Wert von 2,38 ab. Unmittelbar vergleichbar sind diese Werte aus dem PISA-Test 2003 mit denen aus dem ersten PISA-Test 2000 jedoch nicht, weil das deutsche PISA-Konsortium – für viele kaum nachvollziehbar – ausgerechnet bei der Tabelle über die Chancen, den Sprung zum Gymnasium zu schaffen, das sozialwissenschaftliche Instrumentarium während der auf viele Jahre angelegten Untersuchungsreihe verändert hat. Anders als in den internationalen PISA-Veröffentlichungen der OECD wurde 2000 von den deutschen PISA-Autoren ein anderes als das übliche ESCS-System eingesetzt. Das ESCS-System ordnet nicht nur nach Beruf und Vorbildung ein, sondern spiegelt kulturellen Hintergrund, Zugang zum Bücherschrank oder Internet wieder. Prenzel, der bereits 2000 dem deutschen PISA-Konsortium angehörte, ist 2003 wieder zu dem OECD-weit eingesetztem ESCS-System zurückgekehrt. Warum er aber für diesen Methodenwechsel bei der offiziellen PISA-Präsentation die OECD verantwortlich machte, bleibt ein Rätsel.

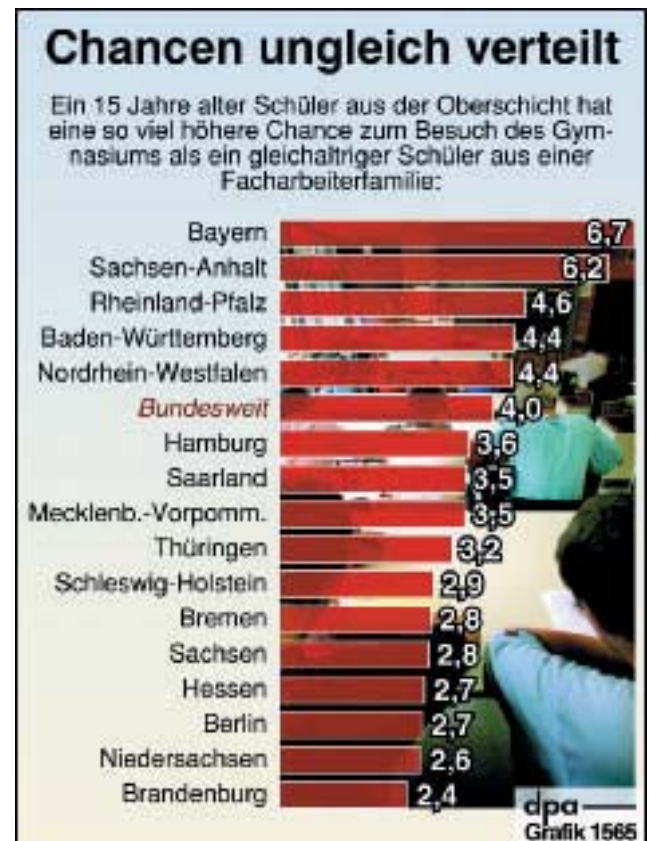
Vergleichbar zwischen den Untersuchungen von 2000 und 2003 sind hingegen aber die PISA-Kompetenzmittelwerte von Schülern aus der Ober- und der Unterschicht. Bereits bei der Vorlage der ersten deutschen 2003-Ergebnisse im Dezember 2004 war deutlich geworden, dass dort, wo die Leistung ein wenig zunahm, zugleich auch die sozialen Disparitäten stiegen. Zu deutsch: Wenn nur die Schüler aus reichen Familien besser werden, haben die Kinder der ärmeren Familien noch weniger Chancen. Prenzel formulierte das so: „Interessanterweise vergrößert sich gerade in den Bereichen, in denen höhere Kompetenzen als in PISA 2000 zu verzeichnen sind, der mittlere Leistungsunterschied zwischen Jugendlichen aus sozioökonomisch besser und schlechter gestellten Familien. Diese Ergebnisse deuten bereits an, dass sich die Koppelung zwischen Sozialschicht und Kompetenzerwerb verstärkt, wenn der Zugewinn an Kompetenz sich auf Schülerinnen und Schüler besser gestellter Familien beschränkt.“

Der Vergleich macht deutlich, dass der Kenntnisvorsprung von Jugendlichen aus der Oberschicht (oberstes Quartil)

gegenüber Gleichaltrigen aus der Unterschicht (unterstes Quartil) gleich in mehreren Untersuchungsfeldern bundesweit gestiegen ist. In den mathematischen Kompetenzen „Raum und Form“ sowie „Veränderung und Beziehungen“ ist der Vorsprung der Oberschichtkinder um 25 beziehungsweise 30 PISA-Punkte gewachsen, in Naturwissenschaften um 16 Punkte. Die genannten Felder zählen zu den Untersuchungsschwerpunkten von PISA 2003. Ein Hinweis, dass diese Zuwächse als nicht signifikant anzusehen sind, findet sich weder bei der grafischen Darstellung noch im Text. Bei einem Zugewinn von 30 Testpunkten – was nach der Lesart der PISA-Autoren dem Lernfortschritt von einem Jahr entspricht – ist es auch schwer vorstellbar, dass dieses nicht signifikant sein sollte.

## Vorsprung: zwei Schuljahre

Lediglich im Bereich Lesen/Textverständnis gibt es eine Verbesserung um zwölf PISA-Punkte. Fazit: Der Kompetenzvorsprung der Jugendlichen aus der Oberschicht beträgt jetzt in Folge der weiteren Verschlechterungen gegenüber Gleichaltrigen in allen vier vergleichbaren Untersuchungsbereichen jeweils über 100 PISA-Punkte – was einem Lernfortschritt von deutlich mehr als



zwei Schuljahren entspricht. Aber auch zwischen Schülern deutscher Herkunft und gleichaltrigen Einwandererkindern ohne ausreichende Sprachkenntnisse hat sich der Wissens- und Kompetenzvorsprung vergrößert – wenn auch nicht in dem Umfang wie zwischen den sozialen Schichten.

### Chancen bleiben ungenutzt

Auch PISA 2003 macht deutlich, dass viele Bundesländer die Begabungen der Kinder nicht vollständig ausschöpfen. Viele Chancen, höhere Schulabschlüsse zu erreichen, bleiben ungenutzt. In Baden-Württemberg könnten laut PISA 2003 beispielsweise fast zwei Drittel der

Realschüler und gut ein Viertel der Hauptschüler mit ihren guten Mathematikleistungen auch ein Gymnasium besuchen. In Bayern erreichen drei Viertel der Realschüler gymnasiale Werte. In der Tendenz gilt dies für viele Bundesländer. In Niedersachsen erreichen mehr als die Hälfte der Realschüler Gymnasialniveau, aber nur fünf Prozent der Hauptschüler.

Bereits die erste internationale Auswertung von PISA 2000 hatte gezeigt, dass kein Schulsystem vergleichbarer Industriestaaten bei der Förderung von Schülern aus einkommensschwachen Familien und Kindern mit Migrationshintergrund so sehr versagt wie das deutsche.

Die internationale Auswertung von PISA 2003 der OECD bestätigte erneut die in Deutschland vorherrschende extreme Koppelung von Schulerfolg und sozialer Herkunft. Nahezu zynisch klingt dazu die Pressemitteilung des Deutschen Philologenverbandes, in der sich Vorsitzender *Heinz-Peter Meidinger* gegen die Aussage wendet, „Deutschland sei Weltmeister der Chancenungerechtigkeit“. Schließlich, so resümiert Meidinger, gebe es ja noch „einige Länder wie Ungarn und Belgien, die noch stärker unter dieser Problematik litten.“ Dann ist die deutsche Gymnasialwelt ja wohl wieder in Ordnung?

Max Loewe

Näheres zu PISA s. auch: *GEW-Homepage: [www.gew.de](http://www.gew.de) – hier der Link zu PISA, die Zusammenfassung der Vergleichsstudie s. auch unter: [www.kultusministerkonferenz.de](http://www.kultusministerkonferenz.de); die komplette Studie finden Sie unter: [www.oecd.org](http://www.oecd.org)*

## Der Leistungsvorsprung von Kindern aus der oberen Sozialschicht hat sich – verglichen mit 2000 – mit Ausnahme der Lesekompetenz vergrößert

Kompetenzmittelwerte und sozioökonomischer Status der Familie – Vergleich zwischen 2000 und 2003						
	2000			2003		
	Obere Sozialschicht	Untere Sozialschicht	Differenz	Obere Sozialschicht	Untere Sozialschicht	Differenz
<b>Mathematische Kompetenz: Raum und Form</b>	521	444	77	552	450	102
<b>Mathematische Kompetenz: Veränderung und Beziehungen</b>	524	441	83	563	450	113
<b>Lesen</b>	538	421	117	539	434	105
<b>Naturwissenschaften</b>	535	431	104	561	441	120

Quelle: PISA-Konsortium, PISA 2003 - Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland - Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. 2004, S. 364

## Außer bei der Lesekompetenz hat sich der Leistungsvorsprung von Kindern, die ein Gymnasium besuchen, gegenüber Hauptschülern drastisch vergrößert

Größere Testroutine und -motivation sowie gezieltes Üben von Aufgaben haben in den speziellen Testformaten im Gymnasium zu erheblichen Leistungszuwächsen geführt, nicht jedoch in Hauptschulen. Die Unterschiede sind 2003 noch größer als 2000.

Kompetenzmittelwerte nach Schulformen im Vergleich zwischen 2000 und 2003						
	2000			2003		
	Gymnasium	Hauptschule	Differenz	Gymnasium	Hauptschule	Differenz
<b>Mathematische Kompetenz: Raum und Form</b>	548	427	121	588	421	167
<b>Mathematische Kompetenz: Veränderung und Beziehungen</b>	555	416	139	606	409	197
<b>Lesen</b>	582	395	187	586	403	183
<b>Naturwissenschaften</b>	578	402	176	599	402	197

Quelle: PISA-Konsortium, PISA 2003 - Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland - Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. 2004, S. 361



# Vertrauen erschüttert

**Kommentar: Leistungsvergleich hinterlässt schalen Nachgeschmack**

Es bleibt ein schaler Nachgeschmack beim Bundesländervergleich der PISA-Studie 2003. Das Vertrauen in die Seriosität des deutschen PISA-Konsortiums ist erschüttert. Zu offenkundig ist seit Dezember 2004, dass der Leiter des Konsortiums, Prof. *Manfred Prenzel*, und die Kultusministerkonferenz (KMK) die alleinige Deutungshoheit über die Daten wollen. Die Kultusminister wollen endlich Erfolge vermelden. Ihre nach dem ersten PISA-Schock 2001 beschlossenen Handlungsfelder sollen bereits Wirkung zeigen, denn ihr Plädoyer für Wettbewerbsföderalismus soll sich bewährt haben. Die Strukturfrage wird weiterhin unterdrückt, der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg klein geredet. Was einmal als Bildungsmonitoring gedacht war, endete in diesem Sommer bei der Vorveröffentlichung der puren Leistungsergebnisse unversehens als höchst peinliche Instrumentalisierung zu parteipolitischen Zwecken.

Bei der Vorstellung der kompletten Studie Anfang November stellte sich außerdem heraus, dass die Wissenschaftler teilweise mit unsauberen Methoden gearbeitet haben. 2003 ist die soziale Herkunft in einer anderen Skala erfasst worden als 2000. Das erschwert direkte Vergleiche. KMK und Konsortium griffen die Medien an, die dennoch Vergleiche angestellt hatten. Manfred Prenzel ließ sich bei der Pressekonzferenz Anfang November sogar zu einer offenkundigen Unwahrheit hinreißen. Denn nicht das internationale PISA-Konsortium hatte zwischen 2000 und 2003 die Skala für die soziale Herkunft gewechselt, wie Prenzel behauptete, sondern das deutsche Konsortium ist von einer sechsstufigen Skala in 2000 zu einer vierstufigen Skala in 2003 übergegangen. Auch der direkte gymnasiale Bundesländervergleich ist zwischen 2000 und 2003 nicht möglich: Die Daten von 2000 beziehen sich auf die Neuntklässler,

die von 2003 auf die Fünfzehnjährigen. Die internationale Leistungsstudie ist als Längsschnittstudie angelegt. Das deutsche PISA-Konsortium scheint daran aber nicht durchgängig interessiert.

*Andreas Schleicher*, der internationale PISA-Koordinator der OECD, hat schließlich darauf hin gewiesen, dass die deutsche Stichprobe für den Bundesländervergleich zu klein sei, um den Qualitätskriterien der OECD zu genügen (s. E&W 11/2005). Uns erreichen zudem

Anfragen, die auf Ungereimtheiten und begriffliche Unklarheiten hinweisen bis hin zu Überlegungen angesehener Wissenschaftler, die um das Ansehen ihrer Zunft fürchten und sich fragen, ob das Ganze nicht ein Fall für die Ethikkommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGFE) sei. In das unschöne Bild passt, dass das deutsche PISA-Konsortium dem Vernehmen nach die Daten des Bundesländervergleichs für Forschungszwecke nicht herausgibt, während die internationalen Daten ebenso wie die internationale Studie für jedermann zugänglich im Netz stehen.

Wie kann es weiter gehen, wenn das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet und verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden sollen?

Deutschland sollte sich weiterhin an internationalen Studien beteiligen und mit kompetenten deutschen Vertretern in den jeweiligen Konsortien vertreten sein. Ein neuerliches Ausklinken aus der internationalen Debatte wäre für die Weiterentwicklung des Schulwesens verhängnisvoll.

Künftig sollten Konsortium und die KMK auf Bundesländervergleiche verzichten. Prof. *Jürgen Baumert*, Chef des ersten deutschen PISA-Konsortiums 2000, hatte von Anfang an davor gewarnt. Auch ein zeitgleich mit der in-

ternationalen Leistungsstudie erscheinender deutscher Bericht ist überflüssig. Ebenso wie in anderen Ländern

sollte die Fachöffentlichkeit den internationalen Bericht in Deutschland unter Leitung einer unabhängigen Wissenschaftlergruppe gründlich diskutieren. Zentrale Fragestellungen sollten herausgearbeitet und einer vertiefenden Forschung

zugeführt werden. Wenn man denn herausfinden will, welchen Einfluss Schulpolitik auf Schulleistung hat, können dazu auch Regionalvergleiche gehö-

ren – aber nicht zwischen Bundesländern, sondern zwischen Regionen mit ähnlicher Bevölkerungsstruktur in ähnlicher wirtschaftlicher Lage.

Eines wird jedoch auch an den Vorgängen um den Bundesländervergleich 2003 wieder deutlich: Deutschland braucht für den gesamten Bildungsbereich ein von Bund und Ländern gemeinsam getragenes Qualitätskonzept mit gemeinsamen Zielen, einer unabhängigen Evaluation, Forschung und nationalen Bildungsberichterstattung. Dann – so ist zu hoffen – könnten sowohl mehr Gelassenheit im Umgang mit den Ergebnissen herrschen als auch mehr zielgerichtete Forschung und Entwicklung betrieben werden, die die zentralen Probleme Deutschlands angeht und sich an Leitkategorien wie Leistungsfähigkeit, Demokratisierung, Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Solidarität und Nachhaltigkeit orientiert. Lehrer, Eltern und Schüler sollten dabei vor allem als Inhaber praktischen Wissens ins Blickfeld rücken, das es systematisch zu heben gilt.

*Marianne Demmer*



Foto: Privat

**Marianne Demmer, Schulpolitik-Expertin und stellvertretende GEW-Vorsitzende**

# Anti-Gesamtschulkampf fand nicht statt

## Schulformvergleich brachte Überraschungen

So sehr der deutsche Philologenverband sich wohl gefreut hätte, doch: PISA 2003 liefert den Gesamtschulgegnern keinerlei Argumentation für die Abschaffung dieser von ihnen so ungeliebten Schulform. Im Gegenteil.

**A**rg enttäuscht von den Schulformvergleichen dürften die nimmermüden Kämpfer gegen Gesamtschulen sein. Einer ihrer Protagonisten, ein Gymnasialdirektor aus Bayern, hatte bereits zwei Wochen vor Veröffentlichung der Ergebnisse in einem Artikel des *Rheinischen Merkur* unter der Überschrift „Warten auf PISA – Hohe Zeit für Konsequenzen“ *Deutschlands Gymnasium* als „die erfolgreichste Schulform der Welt“ bezeichnet und gleichzeitig seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass nun endlich „das Aus für die Gesamtschulen“ komme.

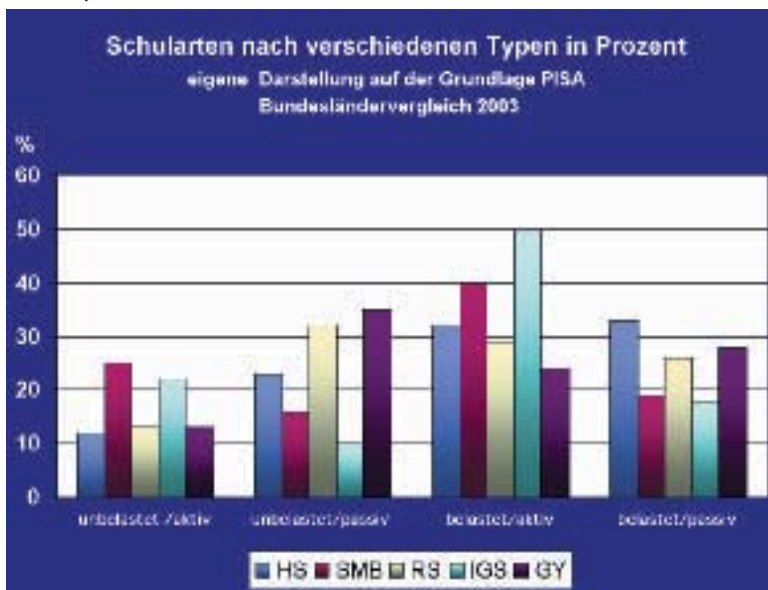
### Nicht spitze

Nachdem die Ergebnisse auf dem Tisch lagen, wurde es merkwürdig still um die „erfolgreichste Schulform der Welt“ und der Anti-Gesamtschulkampf fand auch nicht statt. Was war geschehen?

Auch PISA 2003 hatte erneut gezeigt, dass ein Teilsystem wie das Gymnasium nicht so ohne weiteres mit den schulischen Gesamtsystemen in anderen Ländern verglichen werden kann – zumindest nicht, wenn man seriös argumentieren will.

#### Abkürzungen:

- HS = Hauptschule
- SMB = Schule mit mehreren Bildungsgängen
- RS = Realschule
- IGS = Integrierte Gesamtschule
- GY = Gymnasium



## Typologie der Schulformen

### Was sind „belastete“ und „passive“ Schulen?

Die Zuschreibung „belastet/unbelastet“ und „aktiv/passiv“ für Schulen erfolgte erstmals durch das PISA-Konsortium und beruht auf der Auswertung der Schulleitungsfragebögen. Es gibt also die Einschätzungen der Schulleitungen wieder. Laut Konsortium werden die Angaben der Schulleitungen durch „die institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Schulen und die Einschätzungen der Lehrkräfte weitgehend gestützt“. In den

Schulleitungsfragebögen wurde z. B. gefragt nach: materiellen und personellen Ressourcen, Schülerzusammensetzung, Schüler-/Lehrerverhältnis. Hat z. B. eine Schule einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Migrantenkinder oder einen höheren Lehrermangel, gilt sie als „belastet“. Verfügen Schulen über kein eigenes Schulprogramm oder wird keine Elternarbeit gemacht, werden solche Einrichtungen eher als „passiv“ eingestuft.

Wer wissen möchte, wie erfolgreich Deutschlands Gymnasien sind, musste sich der Mühe unterziehen, die jeweils 25 Prozent Leistungsstärksten in den beteiligten Staaten miteinander zu vergleichen. Das sieht im Ergebnis dann so aus, dass die „erfolgreichste Schulform der Welt“ es mit durchschnittlich 578 Punkten doch nur auf einen mittleren Rangplatz schafft. Der OECD-Mittelwert liegt für das leistungsstärkste Quartal bei 571 Punkten und wird ganz überwiegend in integrativen Schulsystemen erreicht. Die frühe Aufteilung und hohe Selektivität im deutschen Bildungssystem bringt gerade *nicht* die erhofften Spitzenleistungen.

Hingegen zeigen die Schulformvergleiche *innerhalb* der Bundesländer, dass sich Integrierte Gesamtschulen nicht verstecken müssen. Sie können sich durchaus mit Gymnasien und Realschulen messen. Dass integrierte Gesamtschulen niedrigere *Mittelwerte* als Realschulen und Gymnasien erzielen, liegt in der Natur der Sache. Schließlich ist an Gesamtschulen auch das untere Leistungsspektrum vertreten und senkt den Mittelwert.

So wie in Berlin sieht es in den meisten Bundesländern aus, in denen es Integrierte Gesamtschulen gibt. Gesamtschulen bilden ein ähnliches Leis-

tungsspektrum ab wie die Realschulen und zeigen insgesamt eine große gemeinsame Schnittmenge mit Gymnasien und Realschulen. 450 bis 600 Punkte erreichen rund 60 Prozent der schwächeren Gymnasiasten und zirka 60 bzw. 70 Prozent der stärkeren Gesamt- und Realschüler. In Hessen, Hamburg und Bremen erlangen die Integrierten Gesamtschulen in der Spitzengruppe sogar etwas höhere Werte als die Realschulen, in Nordrhein-Westfalen etwas niedrigere.

### Typologie der Schulformen

Direkt peinlich für die Gymnasien und höchst erfreulich für die Integrierten Gesamtschulen ist eine erstmals in PISA 2003 vorgestellte Typologie der Schulformen (s. zur Erläuterung Kasten), bei der nach „belasteten“ und „unbelasteten“ sowie nach „aktiven“ und „passiven“ Schulen unterschieden wird. Es stellte sich heraus, dass Integrierte Gesamtschulen sowie Schulen mit mehreren Bildungsgängen (SMB) höchst aktive Schulen sind, Gymnasien mehrheitlich eher passiver - und das, obwohl letztere als weit weniger belastet eingestuft werden als etwa Gesamtschulen.

Auch PISA 2003 liefert also überhaupt keine Argumente gegen Gesamtschulen. Im Gegenteil: Die aktuelle Vergleichsstudie macht ein weiteres Mal deutlich, wie unsinnig es ist, Schulen in ein hierarchisch gegliedertes System aufzuteilen und wie nahe liegend die Entwicklung jeder einzelnen Schule zu *Einer Schule für alle* wäre. Höchste Zeit, in dieser Richtung Konsequenzen zu ziehen.

Marianne Demmer



Neues bildungspolitisches Mantra über die Lager hinweg: Bildungsstandards

Illustration: z plus z

## Köller will gar nicht evaluieren

Nach PISA: So kann das IQB die Bildung nicht retten

Vier Jahre nachdem PISA zum ersten Mal die Deutschen erschütterte: Die Kultusministerkonferenz (KMK) erkennt, dass sie ihrem Institut für Qualitätsentwicklung des Bildungswesens, kurz IQB, mehr Geld und ein Gesamtkonzept geben muss. Aber dessen Leiter Olaf Köller beeindruckt das wenig. „Mal schauen, wie es weitergeht.“ Es scheint: Köller will gar nicht evaluieren. Das IQB wurde von der KMK 2004 als Rettungsring ausgeworfen, damit die Bildung in Deutschland nicht gänzlich untergeht. Das Institut hat den Auftrag, nationale Bildungsstandards zu erarbeiten und zu evaluieren. Doch die Rettung scheint weiter entfernt denn je.

**A**ls der erste PISA-Schock die Nation erfasste, spaltete er das Land. Für die einen war Bayerns Schule forthin das große Vorbild – für die anderen wegen der strengen Auslese gerade nicht. Eine Fraktion setzte auf Spitzenplätze um jeden Preis – eine andere verlangte, die

Chancengerechtigkeit auch bei der Förderung der Exzellenz nicht zu vergessen. Die einen wollten die Bundesländer in die Pflicht nehmen – andere konstatierten: Ohne den Bund sind die auseinanderstrebenden deutschen Schulen nie mehr zusammenzubringen.

Dennoch gab es einen Aspekt, in dem man sich überraschend einig war. Alle Akteure verlangten nach Bildungsstandards, die in allen Bundesländern gelten sollten. Anders als Lehrpläne beschreiben solche Standards nicht, was Schüler einer bestimmten *Klassenstufe lernen sollen*; sie sollen vielmehr mess- und damit vergleichbar machen, welche Kompetenzen *Schüler tatsächlich erworben haben*. Die Standards entwickelten sich über die Lager hinweg zum neuen bildungspolitischen Mantra.

### Herkulesaufgabe

Berlin, Jägerstraße, 3. Stock. Hier ist das neue Institut zuhause, das mit Hilfe der Standards einen zuverlässigen Blick auf die deutschen Schulen freigeben soll. Man findet sich nicht gleich zurecht. Der graue Flur verzweigt sich in viele Räume. Wahrscheinlich gerade genug, um der Herkulesaufgabe gerecht zu wer-

den, die das Qualitätsinstitut beim PISA-Verlierer Deutschland stemmen muss. An den meisten Türen aber steht gar nicht IQB, sondern Weiterbildung. Das IQB teilt sich die Etage mit den Weiterbildnern der Berliner Humboldt-Universität.

### Mickrige Ausstattung

Die Kultusminister, so lässt sich aus Gesprächen nach ihrer jüngsten Sitzung schließen, haben diese Misere erkannt. Dem IQB stünden, so die Klage, gar nicht genug Mittel zur Verfügung. Auch wird im Jahre vier nach PISA bemängelt, dass es noch keine abgestimmte Gesamtkonzeption gebe. Die Kultusminister ahnen, dass sie den Wust an internationalen Studien (PISA, IGLU, TIMSS etc.) sowie an regionalen Erhebungen (Vergleichsarbeiten (VERA)) nur mit einer starken nationalen Koordinierungsstelle sortieren können. Tun sie das nicht, so die Vermutung, gerate die KMK politisch allzu leicht in die Defensive.

Für *Olaf Köller*, den jungen Professor an der Spitze des IQB, ist dieser neue KMK-Befund ideal. Die Türen scheinen erstmals weit geöffnet, um das Institut

„Ich versuche wie jeder gute Professor, Drittmittel einzuwerben, mit allen Opportunitäten.“

Olaf Köller

für seinen nationalen Auftrag nach dem PISA-Desaster fit zu machen. Bisher stehen Köller gerade mal zehn Forscher und vier Lehrkräfte bei, um dem Land einen Überblick über seine Schülerleistungen zu verschaffen. Verglichen mit den 80 Mitarbeiter starken Qualitätsinstituten der Bundesländer oder den großen nationalen Evaluationsagenturen anderer Staaten eine geradezu mickrige Ausstattung.

### Standards versus Drittmittel

Olaf Köller freilich gibt sich zurückhaltend. „Unsere Aufgabe besteht darin, nationale Standards bereitzustellen, dann muss man sehen, wie es weitergeht.“ Während die Kultusminister erwarten, die Standards nicht nur zu erstellen, sondern sie auch zu überprüfen, ist Köller offenbar mit weniger zufrieden. Ihn plagen andere Sorgen. Er will zusätzliche Jobs anderer Auftraggeber annehmen – um Geld in die Kasse zu bekommen. „Ich versuche wie jeder gute Professor, Drittmittel einzuwerben, mit allen Opportunitäten.“ Weniger vornehm ausgedrückt heißt das: Köller weiß, dass die Suche nach weiteren Finanziers die eigentliche Aufgabe seines IQB behindern wird.

Das so genannte Monitoring der deutschen Schule muss warten. „Das IQB ist ohnehin nur ein Institut“, betont der Chef der deutschen Qualitätsagentur, „das für diese Aufgabe infrage kommt“. Ein Selbstverständnis, das die Kultusminister verblüffen dürfte.

Dabei sind die Gralshüter der Länderzuständigkeit selbst schuld. Anstatt ein muskelbepacktes, eigenständiges Institut zu erschaffen, haben die Länderminister einen zwitterigen Schwächling gezeugt. Das IQB hat gerade mal 2,5 Millionen Euro Jahresetat – viel zu wenig, um als Röntgenanstalt für das rachitische Schulsystem eines 80-Millionen-Einwohnerlandes zu fungieren. Das IQB ist halb KMK-Einrichtung, halb An-Institut der Humboldt-Universität. Köller bleibt daher gar nichts anderes übrig, als sich ständig um neue Finanziers zu bemühen. „Zu mehr waren die Länder in ihrer föderalen Herrlichkeit offenbar weder willens noch in der Lage“, kommentiert die GEW-Schulexpertin Marianne Demmer.

Warum Olaf Köller allerdings nicht die Chance nutzt, die sich durch den Sinneswandel der Kultusminister bietet, bleibt sein Geheimnis. „Ich gebe nur Rat, ich gebe nichts vor“, sagt der IQB-Chef. Diese Philosophie begründet er mit den deutschen Schulstreitereien im Allgemeinen und denen nach PISA im

Besonderen. „Wenn ich als Wissenschaftler etwas gelernt habe“, meint er, „dann ist es das: Politiker nicht zu bevormunden.“ Daran sei schon der Bildungsrat gescheitert, schaut der gelernte Psychologe zurück in die neurotische jüngere Schulgeschichte. Dass es offenkundige Strukturmängel in der Schule gibt und eine alarmierte Elternschaft, kümmert ihn wenig. „Wo ist das Problem?“, fragt er. „Sie finden weltweit historisch gewachsene Schulsysteme, da werde ich das deutsche nicht wesentlich ändern können.“

### Evaluierung erst 2009

Das ist eine ernüchternde Zwischenbilanz des IQB. Vom kommenden Jahr an wird es sukzessive Bildungsstandards für Mathematik, Deutsch und, gegen 2009, auch für Englisch und Französisch geben. Liegen die jeweiligen Standards vor, berichtet Köller, müssten sie einem Test unterzogen werden. Erst

dann könne man sie national evaluieren. Und erst danach wiederum, fährt Köller fort, „liegen nationale Skalen vor, welche die Leistungsbereiche definieren“. Damit wäre dann ein Jahrzehnt seit PISA 2000 vergangen.

### Provozierende Gelassenheit

Dieser Regieplan macht deutlich, welch gigantische Dimension das Unternehmen „vergleichbare Qualität deutscher Schulen“ wirklich hat. Erst diese Abfolge macht auch die provozierende Gelassenheit verständlich, mit der Olaf Köller seinen Auftrag zerlegt. Das Monitoring des gesamten Schulsystems ist seine Perspektive gar nicht mehr. „Das Institut hat die Aufgabe, den Unterricht zu optimieren“, sagt er. Das ist streng genommen das, was regionale Lehrerfortbildungsinstitute schon immer gemacht haben. Auch ohne PISA-Schock.

Christian Füller

## Allheilmittel

### Wozu Bildungsstandards?

*Bildungsstandards gelten in der Post-PISA-Debatte als eine Art Allheilmittel für die tiefen Wunden des deutschen Bildungssystems. Keine Rede über gute Schule, in der das neue Instrument keine zentrale Rolle spielte. Allerdings: Richtig eingesetzt können Standards zu einem Wechsel in der Steuerung führen.*

Bildungsstandards stammen aus dem *literacy*-Konzept: Sie beschreiben Kompetenzen. Man kann über daraus abgeleitete Aufgaben Bildung gewissermaßen messbar machen. Die Aufgaben fragen den Ist-Zustand (zum Beispiel) der Lesefähigkeiten ab. So lässt sich ermitteln, was die Schüler *wirklich beherrschen*. Lehrpläne umschreiben dagegen, welchen Stoff Schüler in einer bestimmten Klassenstufe *lernen sollen*.

Bildungsstandards stehen in einem komplexen Zusammenhang. Ihre Überprüfung dient dem so genannten Systemmonitoring – aber nicht der, in Deutschland verbreiteten, Sanktionierung einzelner Schüler. Das bedeutet: Bildungsstandards sollten keinesfalls gleichzeitig für Klassenarbeiten oder (die neuen) Vergleichsarbeiten ver-

wendet werden. Richtig eingesetzt, führen Bildungsstandards zu einem Wechsel der Steuerung: Schule würde dann nicht mehr nach seinem Input gemessen (an Personal, Finanzmitteln oder Lerninhalten), sondern an seinem Output von Schülerkompetenzen.

Es ist umstritten, ob die bisher entwickelten Standards diesem Ziel tatsächlich dienen. Die Kritik an den von der Kultusministerkonferenz (KMK) entwickelten Standards bezieht sich auf zweierlei: Erstens werden Regel- statt Mindeststandards definiert. Das bedeutet, dass erneut keine Pflicht für das Schulsystem aufgestellt wird, allen Schülern ein Mindestkompetenzniveau zu vermitteln. Zweitens sind die Standards schulformbezogen. Das heißt, es werden weiterhin unterschiedliche Begabungen zur Grundlage von Schule gemacht.

Die GEW verweigert der KMK-Version den Namen Bildungsstandards und spricht stattdessen von Leistungsstandards. Warum? Weil Bildung mehr ist als Fachleistung in einigen wichtigen Kompetenzen und weil z. B. soziale und musische Kompetenzen praktisch nicht vorkommen.

CIF



## Föderalismus-Reform: Bildungskompetenzen werden massiv gestutzt

Mit Annette Schavan nimmt die wohl renommierteste Bildungspolitikerin der Christdemokraten im Bundeskabinett Platz. Was die katholische Konservative jedoch als Chefin eines Ministeriums für Bildung und Forschung bewegen möchte, bleibt vorerst ihr Geheimnis.

In Forschungsressort machten ihr zunächst Edmund Stoiber, später Michael Glos (beide CSU) nahezu alle interessanten Kompetenzen streitig. Raumfahrt, Verkehr, Patente und die Förderung der Forschung und Entwicklung in den Unternehmen – all das soll künftig im Wirtschaftsministerium angesiedelt sein. Und in der Bildungspolitik wird Annette Schavan von den Großkoalitionären entmachtet. Nach der Föderalismus-Reform wandern die Kompetenzen für Schulen und Hochschulen nahezu ausschließlich in die Hoheit der Länder. Auch die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern wird gestutzt. Schavan droht ein schweres Schicksal.

Sie wird Deutschlands erste Ministerin fürs Däumchendrehen. Im Zukunftsfeld Bildung hat sie nur noch wenig zu melden.

Wer sich die Probleme unseres Bildungswesens anschaut, erkennt rasch: Es gäbe eigentlich viel Arbeit für das Bildungsministerium. Zahlreiche Studien haben es nachgewiesen: Unser Bildungswesen ist unsozial, mittelmäßig und recht beliebig. Betriebe und Forschungseinrichtungen werden schon bald unter dem Mangel an qualifizierten Fachkräften leiden. Dass unsere Gesellschaft schrumpft, verschärft dieses Problem. Die soziale Herkunft entscheidet über die Bildungskarriere – ein Leben lang. Deutschland fördert längst nicht mehr

jedes Talent. Fast jeder vierte Jugendliche hat mit dem Ende seiner Schulzeit wegen mangelnder Qualifikation keine Chance mehr auf einen regulären Arbeitsplatz. Angesichts dieser Fakten ist ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen notwendig.

### Fauler Kompromiss

Was Union und SPD jetzt im Rahmen der Föderalismusreform vorhaben, ist jedoch ein fauler Kompromiss zum Schaden unseres Bildungswesens. Denn die große Staatsreform soll offenbar nach folgendem Muster gestrickt werden: Die hohe Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bundesrat wird reduziert. Im Gegenzug erhalten die Länder zusätzliche Kompetenzen – vor allem in der Bildung. Nicht die Qualität unseres Bildungswesens steht im Mittelpunkt, sondern die Frage, wie die Länder für ihren Machtverzicht im Bundesrat entschädigt werden. Die ohnehin eng begrenzten bildungspolitischen Kompetenzen des Bundes werden weiter ausgezehrt.

Woher die Länder allerdings das Selbstbewusstsein nehmen, künftig unser Bildungswesen in Eigenregie zu verwalten, bleibt rätselhaft. Zwar fühlen sich die CDU-regierten Länder im nationalen Vergleich als PISA-Sieger, international spielen auch sie nur in der Zweiten Liga. Längst ist

die Kleinstaaterei zu einem handfesten Problem für Schulen und Hochschulen geworden. 16 verschiedene Lehrpläne, 16 Versetzungsordnungen, 16 unterschiedliche Wege zum Lehrerberuf. Was vor allem die Ministerpräsidenten der Union als „föderalen Wettbewerb“ preisen, ist ein Flickenteppich zu Lasten der Schüler, Eltern und Lehrer. Die PISA-Studie hat gezeigt: Schon heute kann der Wechsel von der Isar an die Weser einen Schüler bis zu anderthalb Schuljahre kosten. Zwar wird von den Menschen in unserem Land eine höhere Mobilität verlangt, ein Umzug von einem Bundesland ins andere ist aber für Eltern und Kinder aufgrund der zerklüfteten Bildungslandschaft ein echtes Risiko.



Foto: imago

**Annette Schavan,**  
(CDU) neue  
Bundesbildungs-  
ministerin

Illustration: z plus z

Nicht nur das: Die Länder möchten dem Bund per Grundgesetz verbieten, Geld für Ganztagschulen zu geben. Die betreffenden Artikel wollen sie aus der Verfassung streichen. Würde der Bund nicht vier Milliarden Euro für mehr Ganztagschulen ausgeben, wir lägen in diesem Bereich noch mehr hinter dem europäischen Niveau zurück, als das ohnehin der Fall ist. Es ist absurd: Gerade bescheinigt uns die jüngste PISA-Veröffentlichung, dass die soziale Kluft an unseren Schulen wächst (s. auch Seite 6 ff.) – und ausgerechnet jetzt sollen Vorhaben wie die Ganztagschul-Initiative in der Verfassung verboten werden. Auch den Hochschulen droht weiterer Mangel, vor allem in den ärmeren Bundesländern. Denn die Länder sollen bald alleine für den Hochschulbau sorgen. Bisher diente die gemeinsame Bund-Länder-Finanzierung von Hochschulbauten und Renovierungen als Anreiz für mehr Investitionen ins Bil-

dungswesen. Konnte doch jeder Landesminister darauf verweisen, dass für jeden Euro, den er in Hochschulen steckt, ein Euro aus Berlin hinzukommt. Nun soll die gemeinsame Finanzierung in den kommenden Jahren auslaufen. Wie angesichts chronisch klammer Kassen die Länder ohne tatkräftige Unterstützung des Bundes ein international konkurrenzfähiges Hochschulwesen aufbauen wollen, bleibt schleierhaft.

### Willkür nach Kassenlage

Den Hochschulen droht zudem ein 16-fach zersplittertes Recht. Denn die Großkoalitionäre wollen die Rahmengesetzgebung gänzlich abschaffen. Auch das Hochschulrahmengesetz ist damit passé. Lediglich die Zugänge und Abschlüsse soll der Bund noch per Gesetz regeln dürfen, nicht einmal für das Dienstrecht gäbe es bundesweit einheitliche Regelungen. „Ich sehe ernsthafte Probleme für

die Mobilität der Wissenschaftler“, sagte selbst die künftige Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), *Ute Erd-siek-Rave* (SPD), der *taz*.

Ebenfalls stark beschnitten wurden die Kompetenzen des Bundes in der gemeinsamen Bildungsplanung. Bund und Länder können jetzt nur noch bei der „aufgrund von Vereinbarungen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen zusammenwirken“, wie es im unschönsten Juristendeutsch heißt. Im Klartext: An PISA und anderen internationalen Studien kann sich der Bund beteiligen, die Malaise unseres Bildungssystems darf er aber nicht beheben. Ein Beispiel: Vorhaben wie das viel beklatschte Sinus-Projekt zur Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts könnte es in Zukunft nicht mehr geben. Es ist schon grotesk: Noch bei der PISA-Präsentation haben sich die Kultusminister für dieses erfolgreiche Vorhaben feiern lassen – nun soll eine solche Zusammenarbeit verboten werden.

Weitere Willkür nach Kassenlage droht den im öffentlichen Dienst Beschäftigten: Denn die Unterhändler der Staatsreform haben sich geeinigt, das Beamtenrecht zu föderalisieren. Besoldung, Versorgung und Laufbahn kann künftig jedes Bundesland nach eigenem Gutdünken regeln. Das Kalkül ist klar: Die Länder sehen ihre Beamten als „Sparschwein“, wollen hier durch Kürzungen ihren maroden Haushalten Luft verschaffen. Langfristig könnte sich diese Rechnung jedoch als „Eigentor“ erweisen – das zeigt die Situation an den Schulen. In den kommenden zehn Jahren müssen nach Berechnung der Kultusminister rund 300 000 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Wenn bald ganze Kollegien Hand in Hand in Pension gehen, droht den Bundesländern ein ruinöser Besoldungswettlauf um die besten Pädagogen. Verlierer wären ein weiteres Mal die ärmeren Bundesländer. Übrigens: Genau aus diesem Grund wurde in den 70er-Jahren das Besoldungsrecht bundesweit vereinheitlicht.

Wie man es auch dreht und wendet: Wenn die Qualität unseres Bildungssystems die entscheidende Zukunftsfrage unseres Landes ist, muss der Bund seine Kompetenzen in der Bildungspolitik behalten. Die Bürger haben ein feines Gespür für diese Probleme. Mehr als 70 Prozent der Eltern wollen nach einer Umfrage des Dortmunder Instituts für Bildungsforschung, dass der Bund mehr Verantwortung für das Bildungswesen übernimmt.

Matthias Anbuhl

## Bildung ist eine nationale Aufgabe

E&W-Interview mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD, Jörg Tauss

*Jörg Tauss (52) ist seit sechs Jahren bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD im Bundestag. Er möchte den Widerstand in der Fraktion gegen die weitere Zersplitterung des Bildungswesens organisieren. Ein Gespräch über seine Kritik an der „Mutter aller Reformen“ (Edmund Stoiber) und die Chancen auf Korrekturen an der Verfassungsnovelle.*

**E&W:** Mit der Föderalismus-Reform werden endlich die verflochtenen Beziehungen zwischen Bund und Ländern gelöst und die Blockade zwischen Bundesrat und Bundestag wird beendet, sagen die Befürworter. Wieso kritisieren Sie dieses Projekt?

**Jörg Tauss:** Ich halte die Einigung in Bildungsfragen – höflich formuliert – für mehr als problematisch. Die Föderalismus-Reform bedeutet einen erheblichen Rückschlag für unser Bildungswesen. Die ohnehin eng begrenzten Kompetenzen des Bundes in der Bildungs- und Hochschulpolitik werden weiter ausgezehrt. Es wird künftig noch schwerer, eine konsistente deutschlandweit abgestimmte Bildungspolitik zu gewährleisten.

**E&W:** Was heißt das konkret?

**Tauss:** Dem Bund wird jedes Instrument genommen, ein Mindestmaß an vergleichbaren Lebensverhältnissen im deutschen Bildungswesen zu sichern. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, weshalb in Zukunft so erfolgreiche Bundesinitiativen wie das Ganztagschulprogramm

sowie die Förderung der Juniorprofessur und Hochschulprogramme nicht mehr möglich sein sollen.

**E&W:** . . . weil die Länder sagen, sie könnten die Probleme unseres Bildungswesens besser alleine lösen.

**Tauss:** Die viel zitierte Qualitätssicherung durch den Wettbewerb der Länder ist doch nur reine Theorie. Die leidvolle Praxis erleben Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer Tag für Tag in Deutschland. Zudem bleibt völlig offen, wie die Länder alleine mit den steigenden Studierendenzahlen fertig werden wollen.

**E&W:** Die große Föderalismus-Reform ist bereits von Bund und Ländern abgesegnet worden. Sehen Sie überhaupt eine Chance, noch Korrekturen durchzusetzen?

**Tauss:** Das wird sehr, sehr schwer. Keine Frage. Die Bildungspolitiker in der SPD sind aber fest entschlossen, jedwede Chance zu nutzen, die sich uns im Gesetzgebungsverfahren bietet. Es gibt fraktionsübergreifend viel Zuspruch für unsere Position. Ob es reicht, die große Staatsreform zu korrigieren, werden wir sehen. Wir werden kämpfen! Wichtig ist, dass wir die versammelte Fachszene hinter uns wissen. Von der GEW über den Bundeselternrat bis hin zu den Hochschulrektoren ist man sich einig: Die begrenzten bildungspolitischen Kompetenzen des Bundes dürfen nicht weiter ausgedünnt werden. Eine Bund-Länder-Kooperation muss gerade bei der nationalen Aufgabe Bildung möglich bleiben.

Interview: Matthias Anbuhl



Jörg Tauss

Foto: dpa

# Schulen fehlen 4600 Lehrkräfte

## Länder sparen bei Lehrereinstellung

Zum dritten Mal in Folge haben die Länder viel weniger Lehrkräfte eingestellt, als noch 2003 von der Kultusministerkonferenz (KMK) prognostiziert: Mit 22 400 neuen Lehrern hinken sie 2005 um 4600 hinter den KMK-Berechnungen her. Damit haben die Länder ihre Personalhaushalte allein in den vergangenen drei Jahren um fast 15 000 Pädagoginnen und Pädagogen reduziert. Eine absurde Sparmaßnahme – belegen doch jüngst die neuen PISA-Ergebnisse, dass Lehrer mehr Zeit für die individuelle Förderung aller Kinder, insbesondere für den Nachwuchs aus Migrantenhaushalten brauchen.

2003 veröffentlichte die KMK ihre methodisch sehr detaillierte Studie „Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2002 – 2015“, die auf Daten und Annahmen des Jahres 2001 basiert. Sie prognostiziert, dass bis zum Jahr 2015 etwa die Hälfte der knapp 789 000 Lehrkräfte in Deutschland zumeist altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden wird. Andererseits erwartet die KMK, dass zwischen 2002 und 2015 lediglich 297 000 neue Absolventen den Vorbereitungsdienst beenden werden, so dass der Bedarf nicht durch die Bewerber gedeckt werden kann. Diese Daten

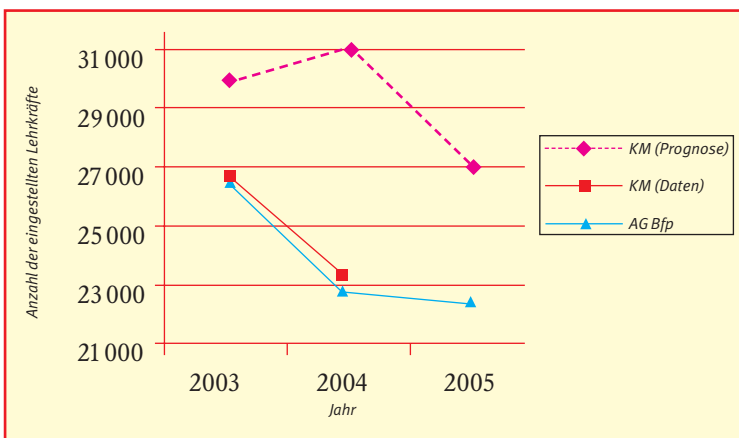
signalisieren gute Aussichten für Lehramtsanwärter und wirken als Anreiz zur Aufnahme eines Lehramtsstudiums. Die aktuelle Einstellungspraxis in den 16 Bundesländern trübt dieses Bild allerdings: Auch 2005 haben mit knapp 22 400 Einstellungen zum dritten Mal in Folge viel weniger Lehrkräfte als von der KMK erwartet den Sprung in den Beruf geschafft.

Zu diesem Ergebnis kommt die AG Bildungsforschung/Bildungsplanung unter der Leitung von Prof. Klaus Klemm in ihrem „Arbeitsmarktbericht 2005“. 2003 und 2004 wichen die Berechnungen der Wissenschaftler nur geringfügig von den später durch die KMK veröffentlichten Einstellungszahlen ab. Die Treffsicherheit der früheren Erhebungen lässt erwarten, dass auch die für 2005 ermittelten Einstellungsdaten dicht bei den tatsächlichen Werten liegen werden.

### Einstellungszahlen

Die Einstellungszahlen von Lehrerinnen und Lehrern sind damit bundesweit auch 2005 bei weitem nicht so hoch, wie von der KMK 2003 prognostiziert. Diese geht in ihrer Studie von einem schulformübergreifenden Einstellungsbedarf von 27 000 voll ausgebildeten Lehrkräften aus. Tatsächlich haben die

„Die Einstellungszahlen hinken erheblich hinter der KMK-Prognose her“



Einstellungsentwicklung für Lehrkräfte

Länder aber 4600 Pädagogen weniger eingestellt.

Die ermittelten Einstellungszahlen können sich noch geringfügig verändern: Aus Brandenburg lagen keine Daten vor, es wurden die Zahlen von 2004 in die Berechnung einbezogen. In Hessen griffen die Forscher auf Daten des Landesverbandes zurück. Das Kultusministerium hatte keine Informationen herausgerückt.

22 400 neue Lehrer in 2005 bedeuten gegenüber den Einstellungen im Jahr 2003 einen Rückgang auf 85 Prozent. Die KMK hatte von 2003 nach 2004 einen Anstieg von 30 000 auf 31 000 und für 2005 einen Rückgang auf 27 000 erwartet

	KMK (Prognose)	KMK (Daten)	AG Bfp
2003	30 000	26 572	26 425
2004	31 000	23 597	22 739
2005	27 000		22 400

Gegenüberstellung der KMK-Daten und -Prognosen zum Lehrerberuf und der Zahlen der AG Bildungsforschung/Bildungsplanung.

(vgl. Tabelle). In diesen drei Jahren haben die Länder entgegen der KMK-Berechnung bereits etwa 14 800 Lehrkräfte weniger eingestellt (vgl. Diagramm S. 15).

Sucht man nach Erklärungen für die Diskrepanz zwischen der KMK-Prognose und der Zahl der tatsächlich eingestellten Lehrerinnen und Lehrer, spielen folgende Aspekte eine Rolle:

Zum einen haben Arbeitszeiterhöhungen der Länder den Einstellungsbedarf erheblich abgesenkt.

Zum anderen mögen die Pensionsminderungen, die Lehrkräfte bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Schuldienst hinnehmen müssen, dazu geführt haben, dass Pensionierungen in größerem Umfang hinausgeschoben worden sind. Diese Annahme kann – zumindest bisher – allerdings nicht durch offizielle Zahlen gestützt werden.

Frank Meetz, Frank Sprütten

**Quellen:** AG Bildungsforschung/Bildungsplanung (AG Bfp): Teilarbeitsmarkt Schule – Arbeitsmarktbericht für das Jahr 2003. Essen 2003. Online unter [www.gew.de](http://www.gew.de)  
AG Bildungsforschung/Bildungsplanung (AG Bfp): Teilarbeitsmarkt Schule. Arbeitsmarktbericht für das Jahr 2004. Essen 2004. Online unter [www.gew.de](http://www.gew.de)  
Kultusministerkonferenz (KMK): Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland. Modellrechnung 2002 – 2015. Bonn 2003  
Kultusministerkonferenz (KMK): Einstellung von Lehrkräften 2003 – korrigierte Endfassung. Bonn im Juli 2004  
Kultusministerkonferenz (KMK): Einstellung von Lehrkräften 2004 – korrigierte Endfassung. Bonn am 22. April 2005  
Meetz, Frank und Sprütten, Frank: Die Situation am Lehrerberufmarkt sendet gegensätzliche Signale. Neue Arbeitsmarktuntersuchung kontrastiert KMK-Prognose. In: Die Deutsche Schule. Heft 1/2005. S. 13-23  
Statistisches Bundesamt Deutschland 2005. Online unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

# Nichts gelernt

Kommentar zum Lehrerberufmarkt



Foto: Privat

**Ulf Rödde, verantwortlicher Redakteur der E&W**

Die Länder haben aus den miesen PISA-Ergebnissen nichts gelernt. Statt den Lehrkräften mehr Zeit für die Kinder zu geben, bauen sie weiter Stellen ab. Schon im dritten Jahr in Folge haben sie mehrere tausend Lehrkräfte weniger eingestellt als von der Kultusministerkonferenz (KMK) 2003 prognostiziert. Allein in diesem kurzen Zeitraum fehlen damit fast 15 000 Pädagogen – nur um den Status quo der Unterrichtsversorgung zu halten. Lehrer, Eltern und Schüler müssen diese Politik ausbaden: Es fällt immer mehr Unterricht aus, obwohl immer mehr

Lehrer immer öfter Überstunden leisten müssen.

Kein Wunder, denn das, was Kultusministerinnen wie Karin Wolff (CDU) aus Hessen als „Unterrichtsgarantie“ verkaufen, ist mit dem Wort „Taschenspielertrick“ besser charakterisiert: In den vergangenen Jahren haben alle Länder die Arbeitszeiten der Lehrkräfte erhöht, mehr Kinder in die Klassen gesteckt und die Bedarfswahlen an den Schulen gesenkt. Galten bisher 105 Prozent als Unterrichtsvollversorgung, ist diese teilweise schon auf weniger als 100 Prozent abgesenkt worden. So lässt sich die Qualität von Bildung nicht verbessern.

Mit dieser Politik verspielen die Länder gleich dreifach Zukunftschancen unserer Gesellschaft.

Bessere Bildung für Kinder? Fehlanzeige. Bei sinkenden Schülerzahlen böte sich die Möglichkeit, frei werdende personelle Ressourcen für qualitative Verbesserungen in den Schulen zu nutzen – und das sogar fast „kostenneutral“. Etwa für mehr Ganztagsangebote und die stärkere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Die Lehren aus PISA zu ziehen, ist jedoch nicht gewollt. Sparen hat Priorität.

Gesicherte Perspektiven für den Lehrernachwuchs? Das Fragezeichen muss ganz groß geschrieben werden. Den werbenden Lockrufen der KMK sind in den letzten Jahren wieder mehr Abiturienten gefolgt. Lehrer scheint ein Beruf mit Jobgarantie, geben doch über 300 000 Kolleginnen und Kollegen bis 2015 in Rubestand. Setzen die Länder ihren Sparkurs jedoch fort, so ein Szenario des Bildungsforschers Klaus Klemm, könnte es künftig aber auch zu viele Lehrer geben. Andere, für die die Schultüren jetzt verschlossen geblieben sind, stehen in ein paar Jahren allerdings nicht mehr für den Lehrerberuf zur Verfügung. Sie beschreiten andere Wege.

Das Ende des Schweinezyklus? Ist leider nicht in Sicht. Seit Jahrzehnten pendelt die Bundesrepublik zwischen Lehrermangel und Lehrerberuflosigkeit. Eine unendliche Geschichte, eine unendliche Verschwendung von Talenten und Ressourcen. Eine Einstellungs- politik, deren Zielkoordinaten Kontinuität und Verantwortung heißen, könnte die krassen Ausschläge des Pendels beenden. Willkommener Nebeneffekt wäre eine gute Altersmischung in den Kollegien. Zum Wohle der Schüler und zur Entlastung der Lehrkräfte.

Ulf Rödde

Die Klemm-Studie finden Sie unter: [www.gew.de](http://www.gew.de)



# Erfahrung zählt mehr als Alter

## E&W-Serie zum TVöD: Stufenzuordnung

In jeder Ausgabe beschäftigt sich die E&W mit Fragen der Mitglieder zum neuen „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst“ (TVöD). Diesmal erläutert die Serie die Stufenzuordnung. Hier gelten für Beschäftigte, die in den neuen Tarifvertrag übergeleitet werden, andere Regeln als für ab Oktober 2005 neu Eingestellte.

Die neue Entgelttabelle des TVöD hat 15 Entgeltgruppen. Die Zuordnung zu einer Entgeltgruppe hängt mit der Tätigkeit zusammen (s. E&W 11/2005). In jeder Entgeltgruppe gibt es sechs Stufen, zwei Grund- und drei oder vier Entwicklungsstufen.

Anders als im Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) zählt im TVöD nicht mehr das Lebensalter, sondern grundsätzlich die Berufserfahrung. Ein Berufsanfänger beginnt daher – egal wie alt er ist – in Stufe 1 und erreicht nach einem Jahr Stufe 2, nach weiteren zwei Jahren Stufe 3, die erste Entwicklungsstufe. Soweit er im Rahmen seiner Ausbildung schon mindestens ein Jahr Berufserfahrung gesammelt hat, wird er unmittelbar in Stufe 2 eingestellt und gelangt nach zwei Jahren in Stufe 3.

Der Verbleib in den Entwicklungsstufen ist im Normalfall zeitabhängig. In Stufe 3 bleibt man drei, in Stufe 4 vier, in Stu-

fe 5 fünf Jahre. Dabei werden allerdings nur die Zeiten angerechnet, in denen die Beschäftigten tatsächlich gearbeitet haben. Unterbrechungen (etwa durch Elternzeit, Beurlaubungen oder Wehrdienst) zählen nicht mit. Dauert die Unterbrechung länger als drei (bei Elternzeit fünf) Jahre, wird der Beschäftigte sogar um eine Stufe zurückgestuft. Teilzeitphasen werden dagegen anerkannt. Stufe 6 ist die Endstufe, sie ist im Regelfall nach 15 Jahren erreicht. Für Beschäftigte des Bundes in den höheren Entgeltgruppen 9 bis 15 gibt es keine Stufe 6. Für sie ist Stufe 5 das höchste in der jeweiligen Gruppe erreichbare Entgelt. Auch beim Stufenaufstieg gibt es einige Ausnahmen für bestimmte Beschäftigungsgruppen, die in den Anhängen der Tarifverträge aufgelistet sind (s. auch [www.gew.de](http://www.gew.de) und Tabelle).

Das Besondere am Aufstieg in den Entwicklungsstufen (Stufen 3 bis 6): Man kann früher aufsteigen, wenn man besonders gute Leistungen erbringt. Umgekehrt kann sich der Aufstieg in die nächste Stufe bei schlechten Leistungen verzögern.

Im BAT hing die Bezahlung weniger von der Berufserfahrung ab und mehr von Alter und Familienstand. Kollegen mit gleich langer Berufserfahrung bekamen daher höchst unterschiedliche Gehälter. Grundprinzip der Überleitung ist allerdings, dass keiner weniger

verdienen soll als vorher. Deshalb wird bei übergeleiteten Beschäftigten zunächst nicht auf ihre Berufsjahre geschaut, sondern nur auf ihr Gehalt. Wer im September 2005 weniger als entsprechend der Stufe 2 der neuen Tabelle verdient hat, erhält sogleich den Tabellenwert der Stufe 2. Für alle anderen wird aus dem Septembergehalt ein „Vergleichsentgelt“ gebildet, das (falls keine Höher- oder Herabgruppierungen dazwischenkommen) bis zum September 2007 weiter gezahlt wird (hinzu kommen eventuell Besitzstandszulagen).

### Problem Arbeitgeberwechsel

Erst im Oktober 2007 werden die Übergeleiteten – unabhängig von ihrer tatsächlichen Berufserfahrung – der Stufe ihrer Entgeltgruppe zugeordnet, die als nächste über ihrem Vergleichsentgelt liegt. Der Aufstieg in die noch folgenden Stufen ist dann nur noch zeitabhängig und richtet sich nach den neuen Regeln des TVöD.

Die Regelungen über den Stufenaufstieg und die Schutzregelungen für übergeleitete Beschäftigte gelten nur für diejenigen, die ununterbrochen bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind. Wechselt man den Arbeitgeber, wird ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen. Für diesen gelten unmittelbar die (neuen) Regeln des TVöD. Hier steht *nicht*, dass Berufserfahrung bei anderen Arbeitgebern anerkannt werden *muss*. Es ist lediglich für den Bereich der Kommunen festgeschrieben, dass bei einschlägiger Berufserfahrung von mindestens einem Jahr in Stufe 2 eingestellt wird. Ab 2009 wird bei Berufserfahrung von mindestens drei Jahren „in der Regel“ sofort in Stufe 3 eingestellt. Ob darüber hinaus Berufserfahrung anerkannt wird, ist also eine Ermessensentscheidung des Arbeitgebers – und damit auch des Verhandlungsgeschicks der Beschäftigten.

Noch restriktiver sind die Regelungen beim Bund: Er erkennt nur Berufserfahrung aus vorigen Arbeitsverhältnissen beim Bund an, die nicht länger als ein halbes Jahr (bei Wissenschaftlern ein Jahr) zurück liegen. Ansonsten stellt der Bund in den höheren Entgeltgruppen 9 bis 15 grundsätzlich nur in Stufe 1 ein. Lediglich in den niedrigeren Entgeltgruppen 1 bis 8 besteht ein den Kommunen vergleichbarer Ermessensspielraum.

Gesa Bruno-Latocha

*Ein Beispiel: Eine Erzieherin, ehemals Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) Vc, Stufe 5 (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber, VKA), allein erziehend, ein Kind, erhält bis September 2007 ein Vergleichsentgelt in Höhe von 2.267,49 Euro (gebildet aus BAT-Grundvergütung, Ortszuschlag Stufe 1 und allgemeiner Zulage). Hinzu kommt eine Besitzstandszulage in Höhe des alten „Kinderzuschlags“ im BAT. Sie wird bei der Überleitung in Entgeltgruppe 8 eingeordnet. Ab Oktober 2007 bekommt unsere Erzieherin das Entgelt aus Stufe 4 der Entgeltgruppe 8, das sind 2.330 Euro monatlich – egal, wie lange sie bis dahin schon gearbeitet hat (s. auch Tabelle). Ab diesem Zeitpunkt greift das neue Recht: In Stufe 4 bleibt man vier Jahre, also wird sie (bei Normalleistung) im Oktober 2011 in Stufe 5 aufzurücken. Ihre Besitzstandszulage fließt zusätzlich zum sonstigen Gehalt solange weiter, wie ihr für dieses Kind Kindergeld zusteht.*

Tabelle TVöD<sup>1</sup>

Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
Verbleibdauer	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre	
15	3384	3760	3900	4400	4780	5030 <sup>2</sup>
14	3060	3400	3600	3900	4360	4610 <sup>2</sup>
13	2817	3130	3300	3630	4090	4280 <sup>2</sup>
12	2520	2800	3200	3550	4000	4200 <sup>2</sup>
11	2430	2700	2900	3200	3635	3835 <sup>2</sup>
10	2340	2600	2800	3000	3380	3470 <sup>2</sup>
9	2061	2290	2410	2730	2980	3180 <sup>2</sup>
8	1926	2140	2240	2330	2430	2493
7	1800	2000	2130	2230	2305	2375
6	1764	1960	2060	2155	2220	2285
5	1688	1875	1970	2065	2135	2185
4	1602	1780	1900	1970	2040	2081
3	1575	1750	1800	1880	1940	1995
2	1449	1610	1660	1710	1820	1935
1		1286	1310	1340	1368	1440

<sup>1</sup> Werte für Kommunen West und Bund West; Werte für Kommunen Ost: 94 Prozent, ab 1. Juli 2006: 95,5 Prozent, ab 1. Juli 2007: 97 Prozent; Werte für Bund Ost: 92,5 Prozent

<sup>2</sup> Beim Bund keine Stufe 6 (eigene Darstellung)

**Der Koalitionsvertrag steht: Ein Blick ins Kleingedruckte ist notwendig.**



Foto: imago

Positiv ist die Einführung des Elterngeldes. Es soll künftig das Erziehungsgeld ersetzen. Junge Familien erhalten ab 2007 nach der Geburt eines Kindes ein Jahr lang 67 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens, maximal aber 1800 Euro pro Monat. Diese Maßnahme nach skandinavischem Vorbild hatte auch die GEW vor der Wahl gefordert. Der Erfolg hat jedoch einen Wermutstropfen: Die Haushälter deckeln die Gesamtausgaben für das Elterngeld auf drei Milliarden Euro, dabei wären nach Berechnung der Experten mindestens 4,5 Milliarden Euro für dessen Einführung nötig.



Foto: Christian v. Polentz/Transit Berlin

**Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender**

**Aufgespießt**

„Das ... macht gute Bildung zu einem zentralen Schwerpunkt der Sozialpolitik, das macht gute Bildung auch zu einem zentralen Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik, zu einem zentralen Thema unserer Demokratie. ... Das macht gute Bildung zu einem zentralen Thema unserer gesamten Partei ...“

(SPD-Vorsitzender Matthias Platzeck auf dem Parteitag am 16. November 2005)

„Von den hohen Lehrerkapazitäten werden nur 70 Prozent wirklich für den Unterricht genutzt, und zwar einschließlich Vertretungsstunden. Die anderen 30 Prozent gehen für den Teilungsunterricht, für die Integrationsförderung und für das Fach Deutsch als Zweitsprache drauf.“

(Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) am 18. November 2005 in der Berliner Zeitung)

Alles klar!

**Tut mir leid, Frau Merkel!**

**Warum mit dem Koalitionsvertrag kein Staat zu machen ist**

Das Ziel ist anspruchsvoll: „In zehn Jahren wollen wir wieder an der Spitze Europas stehen“, verkündete die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Präsentation des Koalitionsvertrages. Und in der Tat haben die schwarz-roten Regierungspartner in ihrer Vereinbarung seitlang vollmundig Vorhaben aufgelistet. Der Haushalt wird konsolidiert, die Arbeitslosigkeit abgebaut, mehr Geld für Familien ausgegeben und in Forschung und Entwicklung kräftig investiert. Wer die neue Koalitionsvereinbarung liest, könnte fast den Eindruck gewinnen, dass in Deutschland bald „blühende Landschaften“ entstehen. Doch was steckt hinter den hehren Zielen? Ein Blick aufs Kleingedruckte lohnt allemal. Viel Freude bereitet das Lesen der 191 Seiten nicht. Dennoch fällt bei der Lektüre eines auf: In der Großen Koalition prallen zwei Welten aufeinander. Die Union plädiert für einen Sozialstaat nach angelsächsischem Muster: Mit niedrigen Steuern, hohen Gebühren, einer starken Privatisierung von öffentlichen Gütern und dem ungebremsten Schleifen von Arbeitnehmerrechten. Die Sozialdemokraten hingegen vertreten eine zumindest gemäßigte Variante des Sozialabbaus. Den Flächentarif wollen sie erhalten, den Kündigungsschutz nicht vollends aufgeben – und auch die Reichensteuer steht im Koalitionsvertrag; als Placebo für alle, die mehr soziale Gerechtigkeit wünschen. Welches Konzept hat sich durchgesetzt? Keines. Es gibt ein entschiedenes Sowohl-als-auch. Eine klare Linie ist nicht zu erkennen. Stärken wir die Binnenachfrage durch Konjunkturprogramme oder sanieren wir den Haushalt mit dem Rotstift? Geht es nach den Großkoalitionären, versuchen wir es mit beiden Varianten. 2006 soll das Jahr der konjunkturellen Impulse werden. Inves-

toren bekommen günstigere Abschreibungsregelungen, private Haushalte dürfen so genannte haushaltsnahe Dienstleistungen leichter steuerlich absetzen. Erst zum Jahr 2007 tritt der Staat dann kräftig auf die Bremse. Die Mehrwertsteuer steigt auf 19 Prozent. Das Weihnachtsgeld für Bundesbeamte wird empfindlich gekürzt und als „Ausgleich“ ihre Arbeitszeit erhöht. Zudem werden Steuervergünstigungen gestrichen, von denen bisher vor allem die Mittelschicht profitierte. Der Sparerfreibetrag wird gesenkt, die Pendlerpauschale gekappt – und auch das Arbeitszimmer kann nur abgesetzt werden, wenn es der Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit ist. Aus Sicht des Ökonomen *Gustav Horn* ist solch eine Politik ein „Glücksspiel“. „Der Staat zockt. Man hofft, im nächsten Jahr die Konjunktur stärken zu können, um 2007 mit der höheren Mehrwertsteuer davon zu profitieren“, erklärte der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung.

**Lippenbekenntnisse**

Auch in der Bildungspolitik finden sich viele Widersprüche im Koalitionsvertrag. Zwar sieht die neue Regierung Bildung als „Schlüssel zur Zukunft“, doch das hindert den Bund nicht daran, im Zuge der Föderalismus-Reform seine innovativen Verpflichtungen für Schulen und Hochschulen kurzerhand den Ländern vor die Füße zu werfen. Hier zeigt sich, dass die formulierten hehren Ziele oft nur Lippenbekenntnisse sind. Andererseits, immerhin will die neue Bundesregierung mehr in Forschung und Entwicklung investieren, das Ganztagschulprogramm bleibt für diese Wahlperiode erhalten und auch in die Bildungsforschung soll mehr Geld gesteckt werden.

**Kritik unerwünscht**

Ganz düster sieht es hingegen im Bereich der Weiterbildung aus. Hier bekennt sich zwar die Große Koalition zur Weiterbildung als vierter Säule des Bildungssystems – doch angesichts der dramatischen Kürzungen bei der beruflichen Weiterbildung, die in den vergangenen Jahren zehntausende Arbeitsplätze vernichtet haben, klingen solche wohlfeilen Sätze wie purer Hohn. Mehr noch: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen um zwei Prozent sinken. Ein Prozent davon muss die Bundesagentur für Arbeit aufbringen – durch weitere Kürzungen in ihrem Etat. Was das heißt, kann man sich an fünf Fingern abzählen: Der Rotstift wird weiter bei der Weiterbildung angesetzt. Und an der Förderung der jungen Arbeitslosen wird auch gespart: Eine Milliarde Euro weniger will der Bund für alle Jobsuchenden ausgeben, die jünger als 25 Jahre sind.

Kritik am Koalitionsprogramm ist dennoch nicht erwünscht. Stattdessen fordern die neuen Regierungspartner in Deutschland „eine neue Grundhaltung des gemeinsamen Zupackens zu entwickeln“, wie es *Matthias Platzeck* auf dem Karlsruher Parteitag der Sozialdemokraten formulierte. Noch drastischer sagt es Angela Merkel. „Bitte ein kleines bisschen Ehrfurcht vor denen, die Stunden und Aberstunden überlegt haben, wie sie Deutschland nach vorne bringen“, verlangte die Kanzlerin auf dem jüngsten CDU-Parteitag von den Kritikern des Koalitionsvertrages. Tut mir leid, Frau Merkel! Die GEW wird nicht in Ehrfurcht erstarren. Wir wollen uns einmischen – für eine bessere Bildung für alle und für einen funktionierenden Sozialstaat. Tut mir leid, Herr Platzeck, dazu bedarf es eines offenen Streits – und der Korrektur des eingeschlagenen Weges.

Ulrich Thöne

# Ausverkauf der Chancen

25 Jahre berufliche Benachteiligtenförderung – war's das?

*Paradigmenwechsel bei der Bundesagentur für Arbeit (BA): Neue Ausschreibungsrichtlinien verstärken das Verdikt der Ökonomie bei der Vergabepraxis für Maßnahmen der Benachteiligtenförderung. Für die Träger, die Beschäftigten der Weiterbildungsbranche heißt das größerer Druck, Qualitätsverlust und Dumping-Preise. Für die Jugendlichen bedeutet es den Ausverkauf ihrer Chancen.*

**A**uch im Herbst 2005 fehlen in Deutschland zehntausende Ausbildungsplätze. Lediglich durch die Anstrengungen der beruflichen Schulen, aber auch der außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen kann es gelingen, die vorhandene Lücke – vor allem, aber nicht nur, in Ostdeutschland – einigermassen zu schließen. Etwa 30 000 Jugendliche in Sonderprogrammen, zirka 20 000 in der beruflichen Benachteiligten- und Behindertenförderung und über 100 000 in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen sind mittlerweile ein eigenständiges Segment im Berufsbildungssystem mit teilweise ordentlicher, teilweise aber auch recht zweifelhafter Qualität. Die Bundesagentur, maßgeblicher Finanzier dieser Angebote, überträgt immer stärker ihre neue Einkaufs- und Geschäftspolitik auch auf diesen Bereich und gibt damit – früher maßgebliche – sozial- und bildungspolitische Ziele Zug um Zug auf.

## Verdikt der Ökonomie

Mit zentralisierten und standardisierten Ausschreibungen über „Regionale Einkaufszentren“ wird ab 2006 alles noch stärker unter das Verdikt der Ökonomie (hier „Wirkung und Wirtschaftlichkeit“ genannt) gestellt mit dem Ziel, die Angebote massiv zu „verschlinken“: Kürzere Laufzeiten bei den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BVB), (erheblich) abgesenkte Personalschlüssel, eine übermäßige Betriebs- und Praktikumsorientierung sowie eine starke Individualisierung und Flexibilisierung der Angebote sind der vorherrschende Trend.

Bereits jetzt übt die Bundesagentur massiven Druck auf die Anbieterpreise aus, indem Qualitätsstandards gesenkt und Dumping-Anbieter in der Trägerlandschaft bedient (in manchen Regionen sogar bevorzugt) werden, die ihren „festen freien Mitarbeitern“ monatliche Löhne von 1300 Euro und weniger für Vollzeitstellen zahlen.

## Weitere Verschärfung

Es ist jedoch zu erwarten, dass die gegenwärtige Ausschreibungspraxis der BA mit zentralisierten Verfahren – nach der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL/A) für Qualität und Verstetigung der beruflichen Förderung benachteiligter Jugendlicher – künftig noch weiter verschärft wird.

Unter den Anbietern ziehen diejenigen immer häufiger den Kürzeren, die die Benachteiligtenförderung (BNF) in den 80er- und 90er-Jahren zwar aufgebaut, in letzter Zeit aber kaum neue Aufträge erhalten haben, weil etliche wirtschafstnahe und/oder im Niedrigpreissektor angesiedelte Anbieter die Trägerlandschaft in der BNF kräftig durcheinander wirbelten und veränderten.

Etliche, etwa große Diakonische Stiftungen, der Katholische Fachverband für Mädchenarbeit IN VIA oder auch Volkshochschulen haben sich jüngst bereits aus diesem Bereich verabschiedet. Weitere dürften folgen.

In der BNF ist viel erreicht worden (sogar mehr, als ursprünglich in den 80ern beabsichtigt war). Mit ihrem Instrumentarium sind in den vergangenen 25 Jahren mehrere zehntausend Jugendliche zu einem anerkannten Berufsabschluss geführt worden – solange der Grundsatz „Qualifizierte Berufsausbildung für alle Jugendlichen“ politisch über die Parteigrenzen hinweg handlungsleitend für die Praxis war.

Der Paradigmenwechsel in der Arbeitsförderung (für den die Hartz-Gesetze symbolisch stehen) hat vor der BNF nicht Halt gemacht. Der Grundsatz wankt: Denn was soll schon eine qualifizierte Berufsausbildung für einen Personenkreis, der nach Auffassung vieler Entscheidungsträger für den Arbeitsmarkt ohnehin nicht brauchbar ist?

Diese Trendwende kann auch nicht dadurch kompensiert werden, dass von Bund, Ländern, EU, Kommunen und

privaten Stiftungen mittlerweile eine Vielfalt an Förderprogrammen für tausende Jugendliche existiert, von denen ein größerer Teil der Statistikbereinigung dient und das Profil der BNF strukturell unschärfer gemacht hat.

Dass ordnungspolitisch die Uhren in der beruflichen Benachteiligtenförderung jetzt in jeder Hinsicht anders ticken, machte der Vertreter des NRW-Arbeitsministeriums bei der Jubiläumsveranstaltung der BNF\* kürzlich in Bonn deutlich: Er machte sich für eine Dualisierung bereits in der Sek I-Schulbildung stark und forderte eine ausgeprägtere Stufung anerkannter Ausbildungsgänge (samt einem größeren Engagement der Betriebe für die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher).

Dass damit die klassische überbetriebliche Ausbildung und das Angebot ausbildungsbegleitender Hilfen weiter an Bedeutung und Wert verlieren werden, liegt auf der Hand.

\*Fachtagung „25 Jahre berufliche Benachteiligtenförderung: Vom Modellprogramm zur Daueraufgabe“ des Bundesinstituts für Berufsbildung in Kooperation mit der Universität Hannover im Herbst 2005 in Bonn. Infos unter: [www.bibb.de/gpc](http://www.bibb.de/gpc)



Foto: David Ausserhofer

Der „Fachbeirat Benachteiligtenförderung“ bei der BA steht vor der Auflösung. Auch bei den Trägervertretern der Bonner Fachtagung war deutlich zu spüren, dass das Sonderprogramm des Bundes zur Verbesserung der Berufschancen von „Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf“ („BQF-Programm“) seinem Ende zugeht. „Strukturelle Konsolidierung“ des Fördersystems hatte sich das Programm unter anderem auf die Fahnen geschrieben – dass diese sich als solide Umstrukturierung der erprobten Trägerlandschaft entpuppte, hätten sich die meisten Experten vor einigen Jahren nicht träumen lassen. *Henning Schierholz*

**Der Grundsatz „qualifizierte Ausbildung für alle Jugendlichen“ wankt.**

**Testeritis:** In Hessen schreiben Drittklässler so genannte Orientierungsarbeiten. Doch diese dienen weniger der Förderung als der Verfeinerung der Auslese.



Foto: David Ausserhofer

## „Orientierungsarbeiten stehlen Zeit für Förderung“

**Hessens Drittklässler erstmals mit Standard-Tests geprüft**

Im Frühjahr haben hessische Grundschüler zum ersten Mal flächendeckend so genannte Orientierungsarbeiten geschrieben. Die standardisierten Tests in Deutsch und Mathematik sollen laut Kultusministerium Stärken und Schwächen der Drittklässler zeigen und als Diagnoseinstrument deren gezielte Förderung ermöglichen. In die Schulempfehlung am Ende der vierten Klasse sollen die Resultate nicht eingehen. Der Erkenntniswert aber ist gering, die Fördermöglichkeiten sind eng begrenzt.

**E**s war eine sehr stille Stunde. Die 18 Jungen und Mädchen der 3c der Theodor-Heuss-Schule im hessischen Hanau saßen zumeist tief gebeugt über ihren Aufgabenblättern. Sie waren damit beschäftigt, das eng beschriebene DIN-A-4-Blatt zur Lebensweise des Panda-Bären zu lesen, um dann merkwürdige Fragen zu beantworten wie jene: „Warum können Pandas hier nicht in der freien Natur leben?“ Klassenlehrerin *Ulla Stammwitz*, die sonst ihren Schützlingen bei Klassenarbeiten schon mal auf die Sprünge hilft, wenn ein Knoten im Hirn das Weiterkommen blockiert – sie war an diesem Tag weitgehend zum Schweigen verdonnert.

Wie in der Theodor-Heuss-Schule sah es in jenen Tagen im April und Mai überall in den knapp 1 200 hessischen Grundschulen aus. Rund 57 000 Drittklässler hatten erstmals Orientierungsarbeiten in Deutsch und Mathematik zu schreiben. Die Aufgaben waren für alle gleich, auch die Bewertungskriterien waren dieselben. Helfen durften die Lehrerinnen und Lehrer nicht. Schließlich sollte der standardisierte Testreigen, der

sich über mehrere Unterrichtsstunden und Tage erstreckte, zu „objektiven Ergebnissen“ führen.

### Magere Erkenntnisse

Diese allerdings sind manchen Pädagogen angesichts des Aufwands zu mager. „Die Erkenntnisse“, sagt Schulleiterin *Isabella Brauns* von der Karl-Treutel-Schule in Kelsterbach bei Frankfurt, „gehen nicht über das hinaus, was wir schon vorher über unsere Schüler und Schülerinnen wussten.“ Ein großer Teil der Schülerschaft an der Treutel-Schule stammt aus nicht-deutschen Elternhäusern, die sprachlichen Defizite sind groß. „Was wir da als Unterstützung bieten können“, so Brauns, „reicht schon heute nicht aus.“ Es fehle an Lehrerstunden und Nachmittagsangeboten, um gezielt zu fördern. Die bekannten Schwächen hätten sich in den Orientierungsarbeiten zwar zumeist wiedergefunden, individuelle Hilfsangebote über das bestehende Maß hinaus seien aber kaum zu verwirklichen. „Die Orientierungsarbeiten haben keine wesentliche Veränderung in der Einschätzung unserer Schüler gebracht“, sagt auch *Wulfhild Schwietzer*, Leiterin der Albert-Schweitzer-Schule im südhessischen Langen. Eher sei die Tendenz zu beobachten, dass sich der Eindruck über das Leistungsvermögen der Acht- und Neunjährigen bestätige. Positiv sei immerhin, dass sich das Kollegium aufgrund des neuen Anforderungsprofils „wieder mal“ mit den eigenen Ansprüchen, Unterrichtsinhalten und Methoden auseinander gesetzt habe.

Laut hessischem Kultusministerium sind die Orientierungsarbeiten ein Diagnoseinstrument, um den Lernstand der Drittklässler nach landesweit einheitlichen Kriterien zu erfassen. Sie sollen, so die Ausführungsrichtlinien, es der Lehrkraft erleichtern, die „Leistungen so-

wohl der Klasse insgesamt als auch einzelner Schülerinnen und Schüler besser zu bestimmen und Erkenntnisse über spezifischen Förderbedarf zu gewinnen“.

Ausdrücklich sollen sie kein „Instrument zur Auslese“ sein. Genau davon aber geht der hessische GEW-Vorsitzende *Jochen Nagel* aus. „Hätte man durch die Arbeiten tatsächlich neue Erkenntnisse gewonnen, könnte man sie aufgrund der schlechten Versorgung der Schulen mit Lehrstellen und Unterrichtsstunden ohnehin nicht nutzen“, sagt er. Es gehe bei den Orientierungsarbeiten deshalb vor allem darum, „das System zur Vorsortierung der Kinder für deren spätere Schullaufbahn“ auszubauen. „Anstatt auf mehr gemeinsames Lernen zu setzen“, so Nagel, „versuchen die hessische Landesregierung und Kultusministerin *Karin Wolff* (CDU), das System der Auslese zu perfektionieren.“ Den Prognose- und Erkenntniswert hält Nagel für gering: „Die Orientierungsarbeiten stehlen den Lehrkräften Zeit und Unterrichtsstunden, die diese besser für die Förderung ihrer Schüler und Schülerinnen nutzen könnten.“

Vier Unterrichtsstunden mussten Hessens Lehrer auf das Schreiben der Orientierungsarbeiten verwenden, viele weitere Stunden auf die Auswertung der umfangreichen Tests. In vielen Schulen dienten die Arbeiten als Grundlage für Elterngespräche, diskutierten Lehrkräfte untereinander Fördermöglichkeiten und Resultate. „Natürlich sind die Ergebnisse dann in den Köpfen der Lehrkräfte drin, der Eindruck ist ja nicht einfach so zu löschen“, sagt *Isabella Brauns*. Zwischen der Empfehlung für eine weiterführende Schule nach der vierten Klasse und dem Schreiben der Orientierungsarbeiten liege eine lange Zeit, sagt dagegen Kultusministeriums-Sprecherin *Tatjana Schruttko*. Die Kinder entwickelten sich in diesem Zeitraum sehr viel weiter, zahlreiche neue Eindrücke überlagerten die Ergebnisse der Orientierungsarbeiten bei der Bewertung des Leistungsvermögens der Schüler und Schülerinnen.

Während *Wulfhild Schwietzer* davon ausgeht, dass die Weiterentwicklung der Kinder von Ende des dritten bis Ende des vierten Schuljahres die Resultate der Orientierungsarbeiten tatsächlich weit in den Hintergrund treten lasse, will ihre Kollegin Brauns einen solchen Einfluss nicht ausschließen: „Die Schulempfehlung basiert auf unseren Beobachtungen, wie sich ein Kind entwickelt, und da fließen auch die Ergebnisse der Orientierungsarbeiten ein.“ *Peter Hanack*

# „Ich werbe Mitglieder für die GEW, damit wir eine starke Gewerkschaft bleiben. Und jetzt gibt's auch noch tolle Prämien!“

Vier von 14 Prämien:



(13)

Red-Line Lorry Bag „Kultur tasche“



(11)

Prosecco-Set

Für Mitglieder gibt's die Red-Line auch zu kaufen: [www.gew-shop.de](http://www.gew-shop.de)



(4)

Boule-Tasche



(7)

Multitool

## GEW-Leistungen für Mitglieder:

- Die GEW vertritt Ihre Interessen am Arbeitsplatz und in der Politik.
- Sie erhalten Rechtsschutz und Rechtsberatung.
- Bei tarifpolitischen Streiks erhalten Sie finanzielle Unterstützung.
- Im Mitgliedsbeitrag ist eine Berufshaftpflichtversicherung enthalten.
- Sie erhalten elfmal im Jahr unsere bundesweite Mitgliederzeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ sowie die Landeszeitung mit aktuellen Informationen zu bildungspolitischen Fragen und Tipps für den Berufsalltag.
- Studierende, Senioren und Beschäftigte im Weiterbildungsbereich erhalten zusätzlich GEW-Zeitschriften.

Gilt nicht für die Landesverbände Bayern, Berlin und Sachsen.



Monika Hartl

**Coupon bitte zurücksenden an: GEW-Hauptvorstand · Reifenberger Straße 21 60489 Frankfurt · Fax: 0 69 / 7 89 73 - 102 oder online ausfüllen unter [www.gew.de](http://www.gew.de)**

Ich bin als neues GEW-Mitglied geworben worden:

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

E-Mail

Unterschrift

Ich habe die nebenstehende Person geworben und möchte Prämie Nr. \_\_\_\_ .  Bitte schicken Sie mir den Prämienkatalog.

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

E-Mail

Unterschrift

Bitte beachten Sie: Abgebildete Prämien können – abhängig von der Lieferbarkeit – im Einzelfall durch mindestens gleichwertige Produkte ersetzt werden.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



**Kita Wittlich: Jede Beobachtungsmethode ist erprobt und auf die Einrichtung abgestimmt.**



Foto: Kita Wittlich

## Beobachten ist Beschäftigen mit dem Kind

**Kita-Serie „Bildungsbuch“: Kita Wittlich**

„Bildungsbuch in Kitas“: In der November-Ausgabe der E & W haben wir eine Serie über Kindertagesstätten begonnen, die sich auf Initiative der GEW an diesem Forschungsvorhaben des Deutschen Jugendinstituts (DJI) beteiligen. Nach Winnenden stellen wir die Kita Wittlich-Neuerburg vor. Eltern müssen wissen, dass es ihrem Kind gut geht, sagt Kita-Leiterin Erni Schaaf-Peitz. Das Bildungsbuch hält fest, was die Kinder täglich erleben, entdecken und lernen.

**R**amona ist ein Kann-Kind. Im September wird sie sechs und eingeschult. Falls ihre Eltern es so wollen. Ramonas Mutter ist sich noch nicht sicher. Sie möchte die Entscheidung nicht alleine fällen und hat mit der Erzieherin Ina Hack ein Entwicklungsgespräch vereinbart.

Ramona hatte es nicht leicht, erzählt ihre Mutter. Nach ihrer Geburt lebte die Familie bei den Großeltern. „Wir konnten uns keine Wohnung leisten.“ Die Großeltern schlüpfen in die Rolle der Eltern und beschlagnahmten Ramona für sich. „Sie hat mich gar nicht mehr als Mutter wahrgenommen.“ Als ihr Mann in Wittlich eine Stelle fand, zogen sie Hals über Kopf in eine eigene Wohnung. Ramonas Mutter freute sich auf das eigene Familienleben, aber für ihre Tochter brach eine Welt zusammen. Die

abrupte Trennung von den Großeltern war unerträglich für sie.

Das Bildungsbuch liegt aufgeschlagen auf dem Tisch. Auf den ersten Seiten stehen kurze Notizen: „Bei unserem Weltenbesuch war Ramona zurückhaltend, aber interessiert.“ Und: „Bei Kreisspielen befürchtet sie, dass sie ausgelacht wird. In Erzählrunden zeigt sie eine unglaubliche Fantasie. Leider können die anderen Kinder ihr nur selten folgen.“ Ina Hack und ihre Kolleginnen bemerkten schnell, dass Ramona nach Halt und Geborgenheit suchte, als sie in die Kindertagesstätte Wittlich-Neuerburg kam. Neben Lerngeschichten, die hier Spielgeschichten genannt werden, haben sie für Ramonas Bildungsbuch zufällige und teilnehmende Beobachtungen in Karteikästen gesammelt, Tagesabläufe, Tagebücher und Soziogramme geschrieben, die festhalten, was sie in den einzelnen Räumen entdeckt und mit wem sie sich beschäftigt.

### Erprobte Methode

Jede Beobachtungsmethode ist erprobt und auf die Einrichtung abgestimmt. So beobachtet das Wittlicher Team für eine Spielgeschichte nur fünf Minuten, obwohl das DJI dafür fünf bis zehn Minuten empfiehlt. Die Wittlicher aber halten die Fülle an Material, die in fünf Minuten zusammenkommt, für völlig ausreichend. Schließlich werde in einer Handlungssequenz alles mitbeschrieben: der Raum, das Sozialverhalten, das Gruppengefüge. Jede Gestik, jeder Satz, den die Kinder sprechen. Oft wird Ina

Hack von den Kindern hinterher gefragt, was sie aufgeschrieben hat. „Beim Vorlesen spüre ich richtig, wie wichtig es für die Kinder ist, dass sie be(ob)achtet werden und ihre Beschäftigung so ernst genommen wird. Und wenn ich etwas falsch beschrieben habe, korrigieren sie mich sofort.“

Dreizehn Frauen und ein Mann arbeiten in Wittlich-Neuerburg. Zwei Erzieherinnen sind für einen Funktionsraum verantwortlich. Sie füllen ihn in Absprache mit den Kollegen immer wieder mit neuen Materialien. „Wir gestalten die Umgebung so, dass sie anregt und zum selbsttätigen Spiel auffordert. Wenn sie für die Kinder keine Herausforderung mehr darstellt, die Kinder also andere Interessen signalisieren, nehmen wir immer wieder Veränderungen vor.“ Die Interessen lesen sie aus den Spielgeschichten, Fotodokumentationen, Soziogrammen und Tagesabläufen heraus. Das wirkt sehr zeitaufwändig, zudem, so erklärt Ina Hack, erfordern die einzelnen Beobachtungsmethoden viel Eigeninitiative und Feingefühl für die Situation, die in Fortbildungen geschult wurden. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben: Spielen wird in Wittlich als Lernen begriffen. So entstehen Freiräume, die für die Beobachtung genutzt werden können. „Mit einer steifen Angebotspädagogik wäre das unmöglich.“ Bastelwerk zum Osterfest, Muttertag und Weihnachten war auch hier früher Programm. Aber das Team und die Eltern haben begriffen, dass Beobachtung „Beschäftigen mit dem Kind“ ist. „Wir

sind mit ihr sogar näher am Kind, weil sie individuell ist und nicht standardisiert wie eine Bastelarbeit“, sagt *Erni Schaaf-Peitz*. Um das zu veranschaulichen, werden Beobachtungen nicht weggehftet, sondern ausgestellt: Fotos von Bauwerken, gerahmte Malereien und Roboter aus Blechdosen hängen und stehen im Flur. Daneben werden Experimente, Gemeinschaftsarbeiten und geplante Projekte beschrieben. Zu den Fotodokumentationen gehören immer auch Texte, die Eltern erklären, welche Entdeckungen und Fähigkeiten das beobachtete Spiel bei ihren Kindern schult. In dem großen, langen Flur, der nicht selten von Dreirädern erobert wird, steht ein Sofa, daneben ein Regal mit den Bildungsbüchern, die nur mit Erlaubnis der Kinder gelesen werden dürfen. „Die Tagesstätte ist zu einem Ort der Begegnung und Kommunikation geworden, an dem die Kinder selbsttätig Erfahrungen sammeln. Egal, ob sie zweieinhalb oder acht Jahre sind.“ Anders könne sie sich die Arbeit nicht vorstellen, sagt Schaaf-Peitz.

### Heraus aus dem Schutzpanzer

35 der 100 Kinder werden ganztags betreut. „Die kann ich nicht den ganzen Tag in einem Raum abstellen.“ Familienverhältnisse ändere sie vielleicht nicht, sagt Ina Hack. Aber Eltern ließen sich mit viel Verständnis aus ihrem Schutzpanzer holen. „Wir bestimmen nicht, was ihr Kind mit drei Jahren können muss, sondern sehen, was es kann und braucht, um die nächsten Entwicklungsschritte anzugehen. Schließlich ist es unmöglich, mit einem Klettverschluss Schuhe binden zu lernen.“ Erst nach und nach hat Ramonas Mutter Vertrauen zu den Erzieherinnen und deren pädagogischer Arbeit entwickeln können und sich von dieser Perspektive überzeugen lassen. Sie befürchtete, Ramona könne in der großen Einrichtung mit ihren offenen Räumen und dem weitläufigen Außengelände völlig untergehen. Aber die Tochter bewies ihr das Gegenteil, brachte immer wieder neue Ideen und neu Gelerntes mit nach Hause. Sie habe Ramona früher viele Anweisungen gegeben, sagt sie, ihr immer wieder vorgeschrieben, was sie machen soll: „Jetzt weiß ich, dass sie ganz selbstständig Entscheidungen treffen und sagen kann, was sie möchte und was nicht.“

Eltern müssen wissen, dass es ihrem Kind gut geht, sonst ist eine Zusammenarbeit unmöglich. Davon ist Erni Schaaf-Peitz überzeugt. Schließlich ist die Kindertagesstätte die erste öffentli-

che Einrichtung, der Eltern ihr Kind anvertrauen. „Das ist auch ein Kraftakt für sie, nicht nur für das Kind.“ Die Eltern sind in den ersten Tagen dabei, einige brauchen Wochen, bis sie sich „von ihren Kindern abnabeln können. Das ist eine wichtige Phase, in der die Eltern am

Kita-Alltag teilnehmen und wir anhand unserer Beobachtungen zeigen können, wie wir die Kinder in ihrer Entwicklung begleiten werden. Denn wer nur einen kurzen Blick auf das wirft, was und wie wir hier arbeiten, wird unser offenes Konzept nicht begreifen.“ *Gesine Kulcke*

## „Für viele ein Aha-Erlebnis“

### E&W-Interview mit Xenia Roth, Kita-Referentin

**E&W:** Warum beteiligt sich das Land Rheinland-Pfalz am DJI-Projekt „Bildungsbuch in Kitas“?

**Xenia Roth:** Das Thema Beobachten und Dokumentieren gehört selbstverständlich zum professionellen Handeln dazu. Es ermöglicht eine Weiterentwicklung in unseren Einrichtungen, weil es ein Instrument zur Qualitätssicherung ist. Denn die einzelne Erzieherin, das Team, aber auch die Eltern verständigen sich dabei über das, was mit dem Kind getan und wie es wahrgenommen wird. Aber wie man beobachtet und dokumentiert, scheint alle – Praxis und Wissenschaft – vor Herausforderungen zu stellen.

**E&W:** Was versprechen Sie sich von den Lerngeschichten, die das Bildungsbuch dokumentiert?

**Roth:** Wenn ich eine Erzieherin frage, dann hat sie immer eine Meinung über ein Kind. Das ist nichts Neues. Aber woraus speist sich diese Meinung? Bei den Lerngeschichten geht es im Wesentlichen darum, die Haltung der Erzieherin bewusst zu machen, damit sie die Kinder als Individuen wahrnimmt, die Unterschiedliches brauchen. Und sie soll dabei nicht nur auf Defizite achten, sondern Ressourcen erkennen. Die Beobachtung und Dokumentation fordert die Leitung, das Team und damit jede einzelne Erzieherin auf, das, was sie bei einem Kind beobachtet, transparent zu machen und zu erklären. Dabei wird dann auch deutlich, wie unterschiedlich Beobachtungen sind, je nachdem, wer sie gemacht hat und in welcher Situation.

**E&W:** Wie reagieren Erzieherinnen auf die neue Methode?

**Roth:** Für viele ist es ein Aha-Erlebnis, dass man mit den Kindern über das sprechen kann, was man tut. Und die Kinder merken, dass sie ernst genommen werden. Auch wenn der Vorwurf immer wieder laut wird, dass Dokumentation keine Arbeit am Kind sei, sagen wir genau das Gegenteil: Es ist eine intensive Arbeit am Kind, weil ich mich in

dem Moment individuell mit dem Kind auseinandersetze und meinen Blick schärfe.

**E&W:** Beobachtet haben Erzieherinnen ja schon immer. Ganz neu ist aber die Art der Dokumentation und zudem zeitaufwändig...

**Roth:** Es muss sich im Team durchsetzen, dass eine Dokumentation wichtiger sein kann als ein gut gebasteltes Werk. Wir haben einige Einrichtungen, die erst einmal nur mit der Beobachtung einzelner Kinder angefangen haben. Und die sagen, obwohl sie nicht alle Kinder beobachten, komme die Beobachtung allen zugute, denn man achtet automatisch auf alles viel genauer.

**E&W:** Kritiker behaupten, Beobachtung und Dokumentation führten zu einer Stigmatisierung. Gibt es Rückmeldungen?

**Roth:** Ich halte diese Befürchtung dann für berechtigt, wenn Einrichtungen sehr hilflos sind und zu irgendwelchem Material greifen, das starke Bewertungen vorgeht, und das dann wenig reflektiert an Schule und Eltern weitergereicht wird. Wir haben bewusst in die Bildungsempfehlungen geschrieben, dass wir kein Material vorgeben, weil es viele Möglichkeiten gibt. Die gesamte Fachszene kann heute noch nicht sagen, was das Richtige ist. Ich vermute, dass es niemals das eine richtige Verfahren geben wird. Das entspräche auch nicht der Vielfalt der Realität. Wir legen aber Wert darauf, dass die Kinder nicht beurteilt werden, die Beobachtung an Potenzialen orientiert ist. Die Kinder sollen in ihren Stärken gestützt werden und in ihren Schwächen Hilfe und Förderung erfahren.

**E&W:** Wird das Recht eines Kindes auf Intimsphäre verletzt, wenn es ständig beobachtet wird?

**Roth:** Die Kinder sind keine Objekte, sondern sie sind Subjekte dessen, was geschieht. Sie haben ein Recht darauf, dass man ihnen erklärt, was passiert. Und wenn ein Kind sagt, ich will nicht, dass du mich heute beobachtest, muss das respektiert werden.

Interview: Gesine Kulcke



Foto: privat

**Xenia Roth ist Kita-Referentin im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz.**

Berufsbildungsgesetz § 43,2:

„Zur Abschlussprüfung ist ferner zuzulassen, wer in einer berufsbildenden Schule oder sonstigen Berufsbildungseinrichtung ausgebildet worden ist, wenn dieser Bildungsgang der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entspricht. Ein Bildungsgang entspricht der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, wenn er

1. nach Inhalt, Anforderung und zeitlichem Umfang der jeweiligen Ausbildungsordnung gleichwertig ist;

2. systematisch, insbesondere im Rahmen der sachlichen und zeitlichen Gliederung durchgeführt wird;

3. durch Lernortkooperation einen angemessenen Anteil fachpraktischer Ausbildung gewährleistet.  
Die Landesregierungen werden ermächtigt, im Benehmen mit dem Landesausschuss für Berufsbildung durch Rechtsverordnung zu bestimmen, welche Bildungsgänge die Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 erfüllen. Die Ermächtigung kann durch Rechtsverordnung auf oberste Landesbehörden weiter übertragen werden.“

# Jugend braucht Zukunft

**Kommentar: Ausbilden lässt sich auch in beruflichen Schulen**

**W**enn Jugendliche keine Perspektive für ihr Leben haben, von Ausbildung und Arbeit ausgeschlossen sind, entsteht gesellschaftlicher Zündstoff, der wie in den Pariser Banlieues plötzlich explodieren kann. Hier erleben die Jugendlichen, dass sie erst durch ihre Revolte Aufmerksamkeit erhalten und die Regierung nach Lösungen sucht. Der Preis dafür ist hoch: Eine Spirale der Gewalt, die auch Menschenleben kostet, Zerstörung in großem Ausmaß, Notgesetze, Gefängnisstrafen für Jugendliche mit ihren negativen Folgen. Eine Warnung auch für unsere neue Regierung und die Verantwortlichen in den Bundesländern. Es ist höchste Zeit, das skandalöse Ausmaß der Ausgrenzung Jugendlicher wahrzunehmen und für Wege aus Ausbildungskrise und Jugendarbeitslosigkeit zu sorgen.

Durch ein garantiertes Recht auf Ausbildung und eine gesicherte Finanzierungsregelung würde die gesellschaftliche Verantwortung für die Ausbildung Jugendlicher anerkannt. Der Staat hätte den Auftrag und die Handhabe, für ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten zu sorgen. Nach dem novellierten Berufsbildungsgesetz kann das duale System schon jetzt durch eine gleichwertige Ausbildung in beruflichen Schulen ergänzt werden. Mit dieser Regelung wurde nachvollzogen, was sich seit vielen Jahren in der Praxis ansatzweise entwickelt hat: den Jugendlichen in den Schulen ein Angebot für berufliche Ausbildung zu machen. So gibt es in Berlin einen Modellversuch, bei dem in verschiedenen beruflichen Schulen über 2000 Jugendliche eine der betrieblichen gleichwertige Ausbildung durchlaufen. Dabei geht es um vollqualifizierende Ausbildungen statt Notlösungen und Warteschleifen. Die Anfänge sind gemacht, sie müssen dringend ausgebaut werden, wenn auf den immensen Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen wirkungsvoll reagiert werden soll.

Die Zahlen sprechen für sich: Im September 2005 waren 471 000 betriebliche Ausbildungsplätze bei der Bundes-

agentur für Arbeit (BA) gemeldet, gut neun Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Bewerber von 741 000 spiegelt allerdings bei weitem nicht den wahren Ausbildungsbedarf wieder. Das ganze Ausmaß des Dramas wird deutlich, wenn wir mitrechnen, wie viele Jugendliche in berufliche Schulen ausweichen, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekommen (und später als „Altbewerber“ eine neue Bewerbungsrunde starten), und wie viele sich in der Arbeitslosen- und Förderstatistik der BA wiederfinden:

- 627 000 Schülerinnen und Schüler befinden sich im Ausbildungsjahr 2003/2004 in vollzeitschulischen beruflichen Bildungsgängen (neuere Zahlen liegen uns noch nicht vor). Diese sind bisher zum größten Teil weder als anerkannte Ausbildungsberufe konzipiert, noch werden sie auf eine folgende Ausbildungszeit angerechnet.

- 630 000 junge Menschen unter 25 Jahren waren im Juli 2005 arbeitslos gemeldet. Von ihnen verfügen 46,5 Prozent über keine Ausbildung und häufig auch über keinen Schulabschluss, also rund 300 000 junge Menschen, denen ermöglicht werden sollte, Schulabschluss und Ausbildung nachzuholen.

- Weitere 542 000 junge Menschen werden von der BA vorrangig nach SGB III gefördert. Sie gelten nicht als arbeitslos. Von dieser Gruppe befinden sich knapp 400 000 in ausbildungsfördernden Maßnahmen im engeren Sinne, zu denen auch die Berufsausbildung für Benachteiligte und Behinderte gehört. Die übrigen werden in diversen Eingliederungsmaßnahmen gefördert, etwa Aktivierungs- und Beschäftigung begleitende Eingliederungshilfen, Einstiegsqualifizierung, Eingliederungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschüsse, Ein-Euro-Jobs.

Addiert man diese Zahlen, brauchen über 1,3 Millionen junge Menschen eine qualifizierte Ausbildung. Rechnet

man die 2005 leer ausgegangenen Neubewerber hinzu, klappt eine Lehrstellenlücke von über 1,5 Millionen.

Die Konsequenz für die Jugendlichen ist ein massiver Verdrängungswettbewerb. Verlierer sind die Jugendlichen aus Migrantenfamilien und die mit Hauptschul- oder ohne Abschluss. Sie machen häufig die Erfahrung, dass sie trotz einer Vielzahl von Bewerbungen leer ausgehen. Für sie verzögert sich der Übergang in eine Ausbildung oder sie geben irgendwann ganz auf. Damit setzt sich in verschärfter Form die Auslese fort, die das deutsche Bildungssystem stark prägt. Werden keine zusätzlichen Ausbildungsmöglichkeiten außerhalb des dualen Systems angeboten, entscheiden Markt und wirtschaftliche Interessen darüber, ob Jugendliche eine berufliche Qualifikation bekommen. Ein unverantwortlicher und unhaltbarer Zustand!

Statt mit Volldampf anerkannte Ausbildungen in beruflichen Schulen zu schaffen, verläuft der Prozess mehr als schleppend, wie eine Umfrage der Kultusministerkonferenz (KMK) ergab. Bisher hat

nur das Land Niedersachsen eine „Verordnung über die Anrechnung des Besuchs eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres und einer Berufsfachschule auf die Ausbildung in Ausbildungsberufen“ erlassen. Nur in wenigen Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zeichnen sich konkrete Entwürfe für Landesverordnungen ab. Offenbar blockieren oft die Kammern. In Berlin ist noch nicht geklärt, was aus dem Modellversuch wird. Bei diesem Tempo wird sich im Ausbildungsjahr 2005/2006 nicht viel an der trostlosen Lage ändern. Die Gewerkschaften werden intervenieren und darauf drängen, dass alle Jugendlichen die Chance erhalten, eine Ausbildung zu machen – ob im dualen System, in einem Ausbildungsverbund oder den beruflichen Schulen.

Stephanie Odenwald



Foto: Christian von Polentz/Anst

**Stephanie Odenwald, Leiterin des Organisationsbereichs Berufliche Bildung/Weiterbildung beim GEW-Hauptvorstand**



# Spendenflut und Solidarität

## Spendenauf Ruf Heinrich-Rodenstein-Fonds

*Die Meldungen über Katastrophen – von Menschen verursacht oder nicht – überschlagen sich. Die Bilder und Berichte in den Medien berühren, machen betroffen, lösen Hilfsbereitschaft aus. Ja, Hilfe tut Not und Solidarität ist wichtig. Aber: wofür spenden? Wohin geht das Geld? Wie viel davon kommt wirklich an und wird sinnvoll verwendet?*

**D**ie GEW organisiert finanzielle Solidarität und humanitäre Hilfe über den Heinrich-Rodenstein-Fonds (HRF) zur Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen in aller Welt, die wegen ihrer Gewerkschaftsarbeit oder aus politischen Gründen bzw. durch Naturkatastrophen in Not geraten sind. Kollegiale Hilfe also, Hilfe für die Familien von Ermordeten, Unterstützung im Exil, Hilfe beim Verlust von Existenzen und deren Wiederaufbau, Hilfe zur Selbsthilfe. Der Einsatz der Mittel wird direkt mit den jeweils betroffenen Gewerkschaften vor Ort oder der Bildungsinternationalen verabredet. Jeder gespendete Euro kommt zu 100 Prozent bei den Betroffenen an: Es entstehen keine Verwaltungskosten. Organisation, Abrechnung, Belege und Berichte

sind Sache des GEW-Hauptvorstandes.

Informationen auf der GEW-Website unter:

<http://www.gew.de/Heinrich-Rodenstein-Fonds.html>

Schwerpunkte im Jahr 2005 waren u. a. die Fortsetzung

- der Hilfe zur Ausbildung von Kindern ermordeter Kolleginnen und Kollegen in Beslan,
- des Engagements im HIV/AIDS-Selbsthilfeprojekt HOKISA/Südafrika,
- der Hilfe für vom Tode bedrohte kolumbianische Kolleginnen und Kollegen im Exil,
- der Unterstützung streikender Kolleginnen und Kollegen in Nicaragua,
- der Beteiligung an Hilfskampagnen der Bildungsinternationalen für Opfer des Tsunami im Dezember 2004, von Hurricane „Katrina“ und „Wilma“,
- der Erdbebenhilfe Kaschmir.

Jede einmalige Spende, jeder kleine Dauerauftrag zu Gunsten des Heinrich-Rodenstein-Fonds hilft Kolleginnen und Kollegen in Not. Die HRF-Spenden können bei der Steuererklärung geltend gemacht werden (bitte dazu Namen und Anschrift angeben).

*Heinrich-Rodenstein-Fonds  
Konto Nr. 1 707 274 700  
SEB AG Frankfurt am Main  
BLZ 500 101 11*



Foto: Michelle Saffler

**Erzbischof Tutu (Bildmitte) segnete das im November eröffnete Friedenshaus der Hokisa-Initiative, einem HIV-AIDS-Selbsthilfeprojekt in Südafrika. Die GEW unterstützt das Projekt seit vielen Jahren.**

## Zeit und Ideen für ein Butterbrot

### Hoch gebildete Null-Euro-Jobber



Null-Euro-Jobberin Jessica Heyser.

Foto: Report

Experten schätzen, dass es aktuell etwa eine Million Praktikanten in Deutschland gibt. Zunehmend scheinen sie jedoch – darauf weist der DGB hin – reguläre Stellen zu ersetzen und für Unternehmen billige Arbeitskräfte zu sein. Zwar standen nach einer Umfrage, die das Bundesbildungsministerium im Oktober 2004 veröffentlichte, immerhin 86 Prozent der Universitäts- und rund 90 Prozent der FH-Absolventen nach dem Abschluss in einem regulären Arbeitsverhältnis\*. Doch die Lage scheint im Wandel begriffen\*\*.

\* Studie des Hochschulinformationssystems in Hannover (HIS), die allerdings auf einer Umfrage der Absolventen von 1997 beruht und auf einem Rücklauf von 6200 Fragebögen.

\*\* Dazu aktuelle Zahlen vom Institut für Arbeitsmarktforschung (IAB): Das IAB-Betriebspanel 2003 verzeichnet auf Grundlage von Betriebsbefragungen in Westdeutschland 625 000 und in Ostdeutschland 173 000 Praktikanten. Dabei wird auf eine Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr 2002 von zehn bis 20 Prozent hingewiesen. Wenn sich dieser Trend auch nur linear fortgesetzt hat, ist also für 2005 eine wesentlich höhere Zahl von Praktikantenstellen zu erwarten.

\*\*\* Quelle: Statistisches Bundesamt

Nach ihrem Diplom an der Humboldt-Universität in Berlin sah sich Jessica Heyser sehr unsanft mit den Realitäten des Arbeitsmarktes konfrontiert. Zwar hatte sie ihr Philosophie- und Germanistikstudium erfolgreich abgeschlossen, doch alle Bewerbungen um eine Stelle blieben erfolglos. „Ich versuchte es in Verlagen, Museen, Verbänden, Ministerien, Redaktionen, PR-Agenturen. Nichts.“, klagt die 27-Jährige. Reichlich im Angebot waren dagegen Praktikantenstellen. In Internetbörsen wie *worldwidejobs.de*, *stepstone.de* oder *jobpilot.de* werben Firmen aller Branchen mit interessanten Tätigkeiten, Erfahrungen und Kontakten um die Jungakademiker. Personalchefs argumentieren gern, dass sie jungen Leuten trotz der schlechten Wirtschaftslage eine Chance bieten, wenigstens in den Arbeitsmarkt „hineinzuschnuppern“. Dabei verschweigen sie, dass sie gut ausgebildete, hoch motivierte Mitarbeiter wollen, die für ein Butterbrot Zeit und Ideen in ihr Unternehmen investieren.

### Dauerschleife

Auch Jessica Heyser, die es leid war, untätig zu Hause zu sitzen, trat voller Elan ein Praktikum bei einem Wirtschaftsverlag an. Sie hatte relatives Glück. „Der Verlag zahlte mir 300 Euro monatlich plus Krankenversicherung“, erzählt sie. Ihre Arbeit ging allerdings weit über die einer Praktikantin hinaus. Vom ersten Tag an war sie in den Arbeitsablauf intensiv einbezogen. Trotzdem erfüllte sich ihre Hoffnung auf eine spätere Ein-

stellung nicht. Nach drei Monaten bekam sie ein Zeugnis und musste gehen. Der nächste Praktikant stand vor der Tür.

Ähnlich erging es Anke Heimberg, die nach dem Studium ebenfalls als Verlagspraktikantin jobbte. „Die unbezahlte Lektoratsarbeit der Praktikanten ist vom Verlag fest einkalkuliert. Ohne sie würde der Betrieb wohl zusammenbrechen“, so ihr Fazit.

Manchmal treibt der Trick mit den Praktika seltsame Blüten: Tina Richter suchte eine Festanstellung in der Altenpflege. Bei der Caritas Altenhilfe hatte sie Erfolg. Als sie ihren neuen Job antreten wollte, kam die böse Überraschung: Sie sollte im ersten Monat als Praktikantin umsonst arbeiten.

Manche Hochschulabsolventen versuchen, die Zeit bis zur Festeinstellung über eine Promotion zu überbrücken. Doch auch dabei sind sie nicht vor Lohndumping gefeit. Jessica Heyser: „In der Hoffnung, ein Stipendium zu ergattern, übernehmen sie Lehraufträge an Universitäten. Und werden dafür nicht bezahlt.“

„Die Situation spitzt sich zu“, beobachtet Silvia Helbig von der Beratungsstelle *students at work* des DGB. Praktika seien längst nicht mehr das, was sie ursprünglich sein sollten, nämlich Orientierung für Absolventen und Arbeitgeber. Doch statt Zusatzqualifikationen zur Hochschulausbildung zu vermitteln und den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, degradiere sie die Wirtschaft zu Billigjobs.

Der DGB schätzt, dass die Zahl der Hochschulabsolventen – 2004 waren es 230 900, drei Prozent mehr als 2003\*\*\* –, die in eine Dauerschleife als Praktikanten geraten, zunimmt. Vier, fünf Praktika nach dem Diplom sind keine Seltenheit. Jessica Heyser: „Viele denken, mehrere Praktika seien besser als weiße Flecken im Lebenslauf.“ Doch das sei ein Irrtum. „Personalchefs würdigen Praktika nicht besonders, weil es sich angeblich um unselbstständige Tätigkeiten handelt“, so ihre Erfahrung.

### DGB erteilt Rat

Der DGB rät jungen Akademikern, keine Praktika zu absolvieren, die drei Monate überschreiten. Für diesen befristeten Zeitraum sollten sie eine Vergütung von mindestens 600 Euro netto im Monat verlangen. Dauern die Jobs länger,

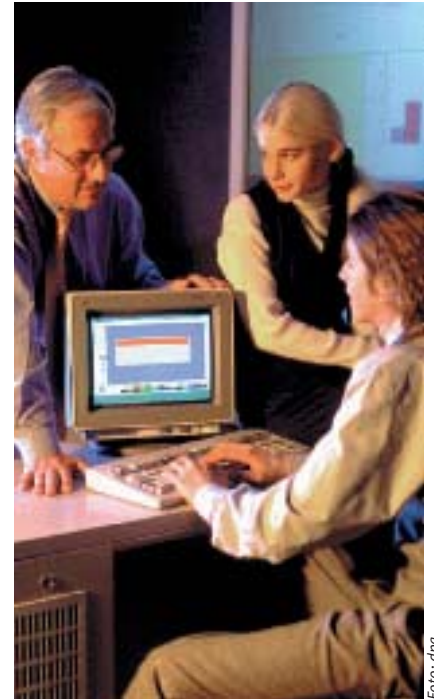


Foto: dpa

Die Zahl der Hochschulabsolventen, die in eine Dauerschleife als Praktikanten geraten, nimmt zu.

seien sie als Berufseinstiegsprogramme zu bewerten. Dafür seien mindestens 800 Euro monatlich angemessen.

Auch der Gesetzgeber steht auf der Seite der Praktikanten. Im Bürgerlichen Gesetzbuch ist geregelt, dass ein Praktikum in erster Linie dem Erwerb beruflicher Kenntnisse dient. Das Lernen steht im Vordergrund und darf nicht von der jeweiligen Arbeitsleistung des Praktikanten überlagert werden. Wenn die Arbeitsleistung den Erwerb beruflicher Erkenntnisse überwiegt, hat der Praktikant Anspruch auf den vollen Lohn (*Paragraf 138 II BGB*).

### students at work

Im Internetforum des DGB *www.students-at-work.de* können Praktikanten ihre Meinung äußern, ob das Praktikum ihnen genutzt hat und ob sie mit der Vergütung zufrieden waren. „Dieses öffentliche Ranking hilft, faire Unternehmen von denen zu unterscheiden, die Missbrauch mit Praktikanten betreiben“, sagt Jessica Heyser. Nicht nur kleinere und mittlere Firmen, auch öffentliche Arbeitgeber greifen häufiger auf die Vorteile der „Null-Euro-Jobber“ zurück. Andere Länder haben Mittel, um gegen Praktikantenausbeutung und Arbeitsplatzvernichtung vorzugehen. In Frankreich und in der Schweiz müssen Unternehmen den Praktikanten einen Mindestlohn von ca. 1200 Euro bzw. 2000 Schweizer Franken zahlen.

Katja Fischer

# Die Baustellen sind nicht weniger geworden

## GEW Hamburg feiert 200. Geburtstag

*Zu Geburtstagen gibt's gerne Geschenke. Als Hamburgs GEW, älteste Gewerkschaft der Welt, Anfang November den 200. Jahrestag feierte, hätte man die zeitgleich unter dem Eindruck der jüngsten PISA E-Studie vorgenommene Ankündigung der CDU-geführten Bildungsbehörde, mittelfristig aus dem sechsgliedrigen Schulsystem auszusteigen, wohlmeinend auch als Präsent verstehen können. Nur noch zwei Glieder könnten künftig die schulische Bildung Hamburgs tragen – neben einer so genannten Mittelschule als Regeleinrichtung soll das Gymnasium – wen wundert's – weiter bestehen. Doch wie das so mit Geschenken ist, manchmal verbergen sich hinter ihnen, nicht selten von Herzen kommende, Gemeinheiten: Für Gesamtschulen ist in den CDU-Plänen kein Platz.*

**S**o wird in der Debatte um die Schulstrukturreform Feuer geschürt, auch gewerkschaftsintern. Mit der Infragestellung der Gesamtschule, die nach den ideologischen Auseinandersetzungen vergangener Jahrzehnte etabliert schien, wird eine heilige Kuh zur Schlachtabank geführt. Auf die GEW, auch außerhalb Hamburgs, warten schwierige Diskussionen – Ausgang ungewiss. Das machte ein Roundtable-Gespräch mit externen Bildungsexperten anlässlich des Jubiläums bereits deutlich.

### Zweigliedrigkeit

Klaus Bullan, Vorsitzender der Hamburger GEW, wertete die CDU-Vorschläge zwar als „Eingeständnis, dass Probleme da sind“. Jedoch werde damit die Frage des Bildungszugangs sozial benachteiligter Kinder nicht gelöst. Vielmehr sei der bisher offene Zugang über die Gesamtschulen bedroht, die ein Viertel der Schülerinnen und Schüler besuchen.

Wie sich positionieren? Professorin Ingrid Gogolin, Erziehungswissenschaftlerin an der Uni Hamburg, äußerte Sympathien für „Eine Schule für alle“. Dies könne jedoch nicht die Gesamtschule sein, die habe ihre Erwartungen nicht

erfüllt. Schon „allein aus demographischen Gründen“ werde es künftig zu mehr zweigliedrigen Systemen kommen. Auch ihr Hamburger Professoren-Kollege Rainer Lebbinger nannte es einen „Fehler“, „Eine Schule für alle“ mit Gesamtschulen gleichzusetzen: „Kritik muss offen formuliert werden, ohne Rücksicht auf persönliche Befindlichkeiten.“ Leichte Zustimmung und deutliche Besorgnis kamen vor allem aus den Reihen der Schulpraktiker. Einerseits müsse man weg von der Vorstellung homogener Lerngruppen hin zu individualisiertem Lernen, dann sei „Eine Schule für alle“ gut. Andererseits: Man dürfe die Gesamtschulen „nicht platt machen lassen“, solange nicht absehbar sei, ob überhaupt „Eine Schule für alle“ kommt.

### Heiße Diskussionsphase

Die stellvertretende GEW-Vorsitzende und Schulexpertin Marianne Demmer prophezeite „eine heiße Diskussionsphase“: „Wie verhalten wir uns zur Zweigliedrigkeit?“ Beantwortet werden müsse die Frage, ob die Gesamtschule Teil des gegliederten Systems ist: „Dann unterläge auch sie der Kritik daran; diskutiert so, dass wir uns nichts verbauen.“ Nicht die einzige Baustelle, auf der

Hamburgs GEW künftig beschäftigt sein wird. Seit dem Regierungswechsel 2001 gab es einen Paradigmenwechsel in der gesamten Bildungspolitik der Hansestadt: Kürzungen und Streichungen, Abbau öffentlicher Verantwortung, Bildung verstärkt nur noch als käuflich zu erwerbende Ware (E&W 2/2005). Dazu im Sommer vergangenen Jahres die massive Erhöhung der Pflichtstunden der Lehrkräfte durch das neue Arbeitszeitmodell, aktuell die Abwehr von Privatisierungstendenzen an den beruflichen Schulen.

Gefeiert hat die GEW Hamburg ihr Jubiläum mit einer dreiwöchigen Veranstaltungsreihe. 1805 gründete der Lehrer Johann Carl Daniel Curio die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“. Nach der Gleichschaltung 1933 durch die Nazis wurde diese 1945 wiedergegründet und ist seit 1949 als GEW Mitglied im DGB. Schon vor 200 Jahren lauteten die Ziele, bessere Bedingungen fürs Lehren und Lernen zu schaffen. Eine andere Aufgabe ist neu hinzugekommen: Mehr als die Hälfte der Mitglieder ist älter als 50. Hamburgs GEW richtet gerade eine weitere Baustelle ein - den Umbau der Alterstruktur zu gestalten.

Peter Brandhorst

Weitere Informationen zu den 200-Jahr-Feierlichkeiten auf der Website der GEW Hamburg unter [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de) sowie in der nächsten Ausgabe der Hamburger Lehrerzeitung (hlz). Die hlz-Oktober/November-Nummer ist eine 220-Seiten starke „Jubiläumsausgabe“ mit spannenden Beiträgen, die viele Fragen beantwortet. Die Schutzgebühr für die Festschrift beträgt zehn Euro. Bestellungen an: GEW, LV Hamburg, Kollegin Annette Meents, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Telefon (040) 41 46 33-22 oder [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de). Der Versand erfolgt gegen Vorauszahlung von zehn Euro plus 0,85 Euro Versandkosten auf das Konto der GEW Hamburg bei der SEB AG, BLZ 200 101 11, Kto-Nr. 1132266800, Stichwort Festschrift.

**200 Jahre Hamburger GEW: Viel Zeit zum Feiern bleibt nicht. Politisch ist die Gewerkschaft in der Hansestadt auf vielen Baustellen aktiv. Am 4. November machte die GEW mit Warnstreiks Druck auf den Senat, den Tarifvertrag öffentlicher Dienst zu übernehmen, abends dann der feierliche Festakt mit dem GEW-Vorsitzenden Ulrich Thöne als Redner (Foto rechts am Sprecherpult).**



Foto: hlz

Was motiviert junge Menschen für den Lehrerberuf?



Foto: David Ausserhofen

## Das fängt ja gut an!

### Junglehrertreffen in Baden-Württemberg

Das Image von Lehrerinnen und Lehrern in der Öffentlichkeit ist nicht das beste, gleichzeitig steigen die Ansprüche an die Schule, die Anforderungen an die Lehrkräfte. Wie kommen junge Lehrerinnen und Lehrer mit dieser Diskrepanz klar? In Ludwigsburg bei Stuttgart trafen sich im November 100 Referendare und Junglehrkräfte aus ganz Baden-Württemberg auf dem 8. JULE-Tag (Junglehrer/innen-Tag) der GEW und diskutierten über ihre Zukunft.

**L**ehrerin zu sein ist schwer. Der Anspruch ist so hoch wie nie: Lehrer sollen nicht nur Inhalte vermitteln, sondern auch familiäre Erziehungsdefizite ausgleichen, Schülerstreit schlichten, jede Schülerin individuell fördern und am besten noch samstags und in den Ferien Fortbildungen besuchen, um methodisch-didaktisch auf dem neuesten Stand zu sein. Als Dank dürfen sie häufig, nicht erst seit PISA, als Prügelknaben herhalten, denen man gerne einen Teil der Schuld an der Misere unseres Landes abtritt. Dennoch strömen jährlich tausende junge Menschen an die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, um

sich in eben diesem Beruf ausbilden zu lassen. Was motiviert sie, den Lehrerberuf zu ergreifen? Die Antwort lautet bei den meisten ähnlich: Sie haben Lust darauf, mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten und ihre eigene Persönlichkeit einzubringen. Die Inhalte sind dabei nicht unwichtig. „Ich mag meine beiden Fächer sehr und wollte sie gerne an die Schüler weitergeben“, erzählt Imke Böttcher, die im dritten Jahr am Gymnasium Wilhelmsdorf Mathematik und Chemie unterrichtet.

### Praxischock

Nach der Ausbildung an Uni, Pädagogischer Hochschule und Seminar betreten viele der frischgebackenen Lehrkräfte angefüllt mit viel Berufs- und Fachwissen, guten Vorsätzen und Ideen oft erstmals allein (verantwortlich) die Klassenzimmer. Die meisten trifft dann der so genannte Praxischock: Viele sind zum ersten Mal mit Schülerinnen und Schülern konfrontiert, mit denen sie statt Grammatik zuerst angemessenes Sozialverhalten trainieren müssen, die Chemie und Mathe ohnehin ziemlich doof finden und offene Lernformen als Freibrief verstehen, den Unterricht gründlich aufzumischen. Da wird aus Hilflosigkeit rasch auf den verpönten „Frontalunterricht“ zurückgegriffen. „Dazu kommt, dass in der Praxis so viele unterschiedliche Anforderungen an Lehrer

gestellt werden, die in der Ausbildung unberücksichtigt sind, z. B. Gesprächsführungskompetenzen“, beklagt Elke Brenner\*, die seit drei Jahren Hauptschullehrerin ist.

### Unter Zeitdruck

Auch die gewachsenen sozialpädagogischen Ansprüche, die an Lehrerinnen und Lehrer gestellt werden, bereiten vielen Berufsanfängern Probleme. „Mir war schon immer klar, dass ich als Lehrerin nicht nur Wissensvermittlerin bin“, sagt Sandra Dietz\*, die seit drei Jahren an einer Grundschule unterrichtet. „Allerdings komme ich oft sehr unter Zeitdruck, weil ich Stoffvermittlung und Erziehung unter einen Hut bringen muss und auch will.“ Die Zeit ist bei vielen jungen Lehrkräften ein großes Problem. Der Anspruch, am nächsten Tag einen perfekt vorbereiteten Unterricht zu machen, geht bei ihnen auf Kosten der Freizeit. „Oft sitze ich bis spät in die Nacht am Schreibtisch“, erzählt Imke Böttcher. Andere sind da rigoros. „Man muss sich ja auch mal erholen können“, findet Peter Schneider\*, der im ersten Jahr an einem Gymnasium im Westschwarzwald unterrichtet. „Allerdings schaffe ich es fast nie, die Schule ganz aus meinem Kopf zu verbannen.“

Auch hohe Schülerzahlen und zu kleine Klassenräume setzen den Junglehrern Grenzen, wenn es darum geht, in der Ausbildung Gelerntes auch umzusetzen. Und der Druck von außen lastet schwer. Eltern können unbarmherzig sein, wenn es um die ihrer Meinung nach ungerechte Beurteilung ihrer Kinder geht. „Das kann auch schon mal existenziell bedrohlich werden, vor allem in der Probezeit“, weiß Hans Dörr, langjähriger Personalrat und GEW-Aktivist. „Gerade junge Kolleginnen und Kollegen wissen in solchen Situationen nicht, wie sie sich wehren können.“ Auch in ihren Kollegien haben Anfänger oft einen schweren Stand. „Ein großes Problem ist die mangelnde Kooperationsbereitschaft zwischen den Kolleginnen und Kollegen“, sagt Stefan Bauer von der Fachgruppe Junglehrer in der GEW Baden-Württemberg. „Viele Junge laufen mit neuen Ideen und Innovationstrieb bei anderen Kollegen auf, werden dadurch frustriert und in eine Einzelkämpferrolle gedrängt. Dagegen hilft Kommunikation mit Gleichgesinnten und Leidensgenossen – beim regionalen Junglehrerstammtisch oder beim JULE-Tag.“

Antje Dörr

\*Name von der Redaktion geändert



# Stark für die Schwachen

**Erich Frister ist tot**

*Erich Frister war Pädagoge und Gewerkschafter. In schwierigen Jahren hat er die GEW geführt und geprägt. Er war ihr Vorsitzender von 1968 bis 1981 – Jahre, in denen sich die noch junge Republik gebäutet hat. In dieser Zeit stand Erich Frister für demokratische Grundwerte, Freiheit, Toleranz, Gewaltlosigkeit und Chancengleichheit für sozial Schwache.*

Von 1951 bis 1959 war er Lehrer an Grund- und Hauptschulen in Berlin, dann Schulleiter, anschließend Schulrat in Reinickendorf und von 1964 bis 1971 Bezirksstadtrat für Volksbildung in Neukölln.

In Berlin ist er auch in die GEW eingetreten – 1948 – nach der Trennung vom FDGB. Hier hat er sich von Beginn an engagiert: 1954 Rechtsschutzsekretär und Mitglied des Landesvorstandes; 1958 Geschäftsführer; ein Jahr später Landesvorsitzender und Mitglied des Hauptvorstandes.

Er gehörte damals zur Avantgarde der Organisation. Er war Vor- und Querdenker der linken Opposition und galt in den Augen der gestandenen Lehrervereinsfunktionäre als Querulant. Dennoch – oder gerade deshalb wurde er 1968 in einer Kampfabstimmung zum Vorsitzenden der GEW gewählt. In Zeiten der ersten großen Bildungsreform und Bildungsexpansion hat er nicht nur den Mitgliedern und Funktionären seiner Organisation, sondern vor allem auch den Medien und der politischen Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen Bildungs-, Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik in unvergesslichen Reden und Aufsätzen vermittelt.

Erich Frister war ein Mann der Sprache, des treffenden Wortes.

Für ihn waren Bildungsreform und Interessensvertretung der Mitglieder stets zwei Seiten einer Medaille. Dies machte die GEW attraktiv für die „68er“. Sie wuchs galoppierend und hatte 1980 200 000 Mitglieder.

Diesem Zusammenhang verdanken die Grund- und Hauptschullehrer in jenen Jahren auch ihren Besoldungsaufstieg von A10 nach A12 und die Akademisierung der Ausbildung.

Vor allem aber formulierte Erich Frister das „Gewerkschaftliche“ in der Bildungspolitik der GEW. Sein Interesse und Verständnis galt den Kindern aus Arbeiterfamilien, den Haupt-, Sonder- und Berufsschülern.

Auch ohne PISA wusste Frister um die soziale Schieflage in unserem Bildungssystem. Er kämpfte gegen Auslese, für die Gesamtschule und die Aufwertung des Hauptschulabschlusses durch ein zehntes Schuljahr.

Erich Frister hat die GEW vom Lehrerverein auf den Weg zur Gewerkschaft gebracht, den ersten Beamtenstreik 1978 organisiert und die „Akademikergewerkschaft der Besserverdienenden“ im DGB verankert.

Auch auf internationaler Ebene hat er eine führende Rolle gespielt. Er war Mitbegründer der Internationalen Vereinigung freier Lehrergewerkschaften (IVFL), der Vorläuferin der heutigen Bildungsinternationale (BI). Von 1972 bis 1981 war er deren Präsident. In dieser Zeit hat er viel für den Aufbau demokratischer Lehrergewerkschaften überall in der Welt getan und zahlreichen politisch verfolgten Gewerkschaftlern zur Freiheit verholfen.

Auch die Gründung des Heinrich-Rodenstein-Fonds, für die Unterstützung politisch Verfolgter, geht auf ihn zurück.

Im Inneren hat er in den heißen ideologischen Auseinandersetzungen der 70er mit ganzer Kraft für den Zusammenhalt der GEW im DGB gekämpft. In der GEW forderte er „aktive Toleranz“ für linke und sozialistische Positionen (1973). Zugleich formulierte er die „Grenzen der Toleranz“ (1974) und stellte sich massiv kommunistischen und maoistischen Einflüssen entgegen. Jedoch in den Jahren des Radikalenerlasses und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVB's) – den vielleicht schwierigsten der GEW mit unveröhnlichen Konflikten um Satzungsfragen, Ausschlüssen von Mitgliedern und Gliederungen – sind sich Erich Frister und Teile der Organisation fremd



Foto: privat

**Erich Frister, GEW-Vorsitzender von 1968 – 1981**

geworden. 1981 „verpflichtete“ ihn der damalige DGB-Vorsitzende *Heinz Oskar Vetter* als Arbeitsdirektor im Vorstand der gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaft Neue Heimat. Sein Nachfolger wurde *Dieter Wunder*.

Bis heute wird Erich Fristers Name in der Bildungslandschaft mit Respekt und Anerkennung verbunden. Dies führte eineinhalb Jahrzehnte nach seinem Ausscheiden bei der GEW noch einmal zur Berufung in die so genannte „Rau-Kommission“ in Nordrhein-Westfalen „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“. Und wieder machte ihn seine rhetorische Kompetenz zu einem gefragten Vortragsredner bei der Vorstellung der Reformideen dieser Kommission.

Erich Frister ist ein durch und durch bescheidener und zurückgezogener lebender Mensch geblieben. Nichts war ihm unangenehmer als Aufheben um seine Person.

Am 30. Oktober 2005, kurz nach seinem 78. Geburtstag, ist er nach langer Krankheit, bis zuletzt von seiner Frau gepflegt, gestorben.

*Ulrich Thöne  
GEW-Vorsitzender*

## „Es gibt nicht nur in Finnland gute Schulen“

Gespräch mit dem Pädagogen und Filmemacher Paul Schwarz



Paul Schwarz,  
Filmemacher

Foto: privat

Der Bildungsjournalist Paul Schwarz hat im Auftrag der GEW einen Film gedreht, der sich mit dem Thema „Heterogenität an deutschen Schulen“ auseinandersetzt. Dabei hat er sich bewusst ganz „normale“ Schulen herausgepickt und auf die Leuchttürme verzichtet. E & W sprach mit dem Filmemacher.

**E & W:** Der Umgang mit Heterogenität an der Schule ist kein neues Thema. Warum gerade jetzt ein Film der GEW?

**Paul Schwarz:** Seit es Schule und Unterricht gibt, haben wir es mit heterogenen Lerngruppen zu tun. Aber erst in den vergangenen Jahren ist – angesichts internationaler Studien, integrativer Schulen mit behinderten Kindern und nicht zuletzt durch die wachsende Zahl von Migrationskindern – Heterogenität für Lehrkräfte zu einem wichtigen Thema geworden. Der OECD-Bildungsbericht vom September 2004 formuliert es eindeutig. Der kompetente Umgang mit Heterogenität ist die zentrale Frage für eine Verbesserung von Unterricht und Schule. Der GEW geht es um diese Weiterentwicklung, deshalb jetzt der

Film. Lange lebten viele in dem Glauben, im gegliederten Schulsystem seien die Lerngruppen so homogen, dass leistungsbezogene Differenzierung nicht notwendig ist. Dass dies eine Fiktion ist, hat sich inzwischen auch in den Gymnasien herumgesprochen.

**E & W:** Warum sollten sich Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Eltern und Schüler den Film ansehen?

**Schwarz:** Mit Heterogenität sollen und müssen die Lehrkräfte umgehen, obwohl sie nicht dafür ausgebildet werden. Ein Blick in die Vorlesungsverzeichnisse bestätigt diese traurige Tatsache. Die Lehrkräfte sollen Heterogenität nicht nur als Problem, sondern als pädagogische Chance sehen. Der Film zeigt am Beispiel der Altersmischung, der Leistungsdifferenzierung und der Förderung behinderter Kinder wie Individualisierung, Binnendifferenzierung und Respekt vor Verschiedenheit im Unterrichtsalltag aussehen können. Gefilmt wurde bundesweit, und zwar nicht in Leuchtturmschulen, die aufgrund ihrer besonderen Bedingungen oft eher abschrecken als anregen, sondern in ganz „normalen“ Schulen. Der Film zeigt, dass es nicht nur in Finnland gute Schu-

len gibt. Schulen mit einer neuen Lernkultur, Lehrkräfte, die das Lernen ihrer Schüler individualisiert haben, um deren Stärken zu fördern und Schwächen auszugleichen.

Der Filmbeitrag schaut zudem in die Lehrerbildung an den Unis Köln und Hamburg. Hier erfahren Studierende sehr praxisnah, wie Migrantenkinder sprachlich gefördert werden.

Fördern statt ausgrenzen heißt auch das geheime Motto des Films. Deshalb geht er auch auf das Sitzenbleiberelement ein und zeigt am Beispiel einer Kölner Hauptschule, wie mit starker individueller Förderung zum Wohle der Kinder auf „Ehrenrunden“ verzichtet werden kann. Der Film eignet sich für die Lehreraus- und -fortbildung ebenso wie für die schulinterne Weiterbildung, einen Studientag oder Elternabend.

**E & W:** Du hast mehrere Filmvorführungen miterlebt. Wie haben die Kolleginnen und Kollegen auf den Film reagiert?

Die lebhaften Diskussionen nach dem Film verdeutlichten den Wunsch der Kollegen nach mehr Unterstützung von außen. Allein mit Bordmitteln wird man der neuen Herausforderung in den Schulen nicht gerecht. *Interview: Ulf Rödde*

Das können wir doch auch. Wie Schulen in Deutschland mit Heterogenität umgehen. Ein Film von Paul Schwarz. Der Film ist als VHS-Kassette für 15 Euro plus Porto und Versandkosten im GEW-Shop erhältlich: CALL A GIFT Service, Schafgasse 23, 63225 Langen, Fax 0180/50 50 401 oder 06103/20 45 84, E-Mail: gew-shop@callagift.de

## E-Learning, Teamarbeit und mehr...

Mai-Meeting 2006: GEW Gewerkschaftliche Bildungsarbeit/gb@

Das Programm des „GEW-Mai-Meetings 2006“ bietet eine spannende Mischung aus Workshops, abendlichen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie attraktiven Freizeitmöglichkeiten. Es findet vom 25. bis 28. Mai (Himmelfabtswochenende) in Bad Herrenalb im Schwarzwald statt.

Das Mai-Meeting, eine von der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit der GEW (gb@) organisierte Veranstaltung des Hauptvorstandes, ist offen für alle Mitglieder sowie deren Partner, Partnerinnen und Kinder.

**In Vorbereitung sind Workshops zu folgenden Themen:**

- Teamarbeit: Systematisch zum Ziel
- Elektrisch lernen? Was ist E-Learning, wie funktioniert es und was bringt es?
- Kreative Lösungstechniken
- Chancen und Risiken einer Schule in eigener Verantwortung
- Arbeitsplatz Schule: mehr als Unterricht!

- Psychomotorik – Bewegung in der pädagogischen Arbeit
- Die Entscheidung, welche Workshops – zum Teil mit externen Trainern – beim Mai-Meeting tatsächlich stattfinden, richtet sich nach Nachfrage und Interesse der Teilnehmenden.

Anmeldungen nehmen wir ab sofort entgegen. Dabei bitte Erst- und Zweitwunsch für einen der oben genannten Workshops angeben.

**Kontakt:**

Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand,  
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt/ Main, Fax 069/789 73-102;

E-Mail: mai-meeting@gew.de.

Der Teilnahmebeitrag für GEW-Mitglieder beträgt 122 Euro; Nichtmitglieder/Partner zahlen 184 Euro bzw. 132 Euro, wenn sie aus den östlichen Bundesländern stammen; Kinder (die von uns betreut werden!) je nach Unterbringung. Alle anderen Kosten (auch Fahrtkosten) übernimmt die GEW-Bundesebene.

Hans-Wilfried Kublen  
Koordination der gb@ beim  
GEW-Hauptvorstand

**Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,**

seit mehr als 30 Jahren bieten wir für GEW-Mitglieder und deren Angehörige eine Sterbegeldversicherung an, die durch einen Gruppenversicherungsvertrag mit der DBV-Winterthur kostengünstiger ist als vergleichbare Einzelversicherungen.

Wer gegenüber Angehörigen Verantwortung trägt, sollte privat für den Fall des Todes vorsorgen, auch wenn der eigene Tod ein sensibles Thema ist und oftmals tabuisiert wird. Auch für die Angehörigen ist ein Sterbefall belastend, zu der Bewältigung der Trauer kommen organisatorische Aufgaben hinzu, die mit erheblichem finanziellen Aufwand verbunden sind.

Aus Erfahrung wissen wir, dass die Kosten für eine würdige Bestattung 5000 EUR oft weit übersteigen.

**Das bisher von den gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) gezahlte Sterbegeld entfällt mit Wirkung vom 01.01.2004 genauso wie das Sterbegeld für Beihilfeberechtigte für Hinterbliebene von Beamten.**

**Finanzielle Vorsorge ist daher notwendiger denn je.**

Wir empfehlen den Abschluss einer angemessenen BFW-Sterbegeldversicherung. Durch unseren BFW-Gruppenondertarif erhalten Sie Vorzugskonditionen, die für Einzelne sonst nicht erreichbar sind. Wenn Sie sich die Beiträge ansehen, werden Sie feststellen, dass ausreichender Schutz für die Familie keine Geldfrage ist. Gerade in jungen Jahren sind die **Beiträge minimal für einen hohen Versicherungsschutz** und werden damit auch im Alter nicht zur Belastung.

Sollten Sie bereits über eine Lebensversicherung verfügen, so denken Sie daran, dass diese meist mit dem 60. Lebensjahr endet und darüber hinaus dann kein Versicherungsschutz mehr besteht.

**Die BFW-Sterbegeldversicherung schützt lebenslang!**

Die Versicherungsleistung, erhöht um die Überschussbeteiligung, wird fällig, wenn die versicherte Person stirbt.

Für den Abschluss der Sterbegeldversicherung ist die Mitgliedschaft im BFW der GEW erforderlich, die zusätzlich zum Versicherungsbeitrag monatlich 0,05 EUR kostet.

# Termin 31. Dezember 2005

**Anträge, die bis dahin beantragt werden, können noch zu den niedrigen Beiträgen für 2005 angenommen werden.**

**Ihre vertraglich zugesicherten Vorteile:**

- **niedrigere Beiträge als für Einzelverträge**
- **Steuerbegünstigung der Beiträge**
- **keine Gesundheitsfragen**
- **garantierte Aufnahme bis 80 Jahre**
- **Mehrleistung durch Überschussbeteiligung**

- **Schnelle unkomplizierte Auszahlung**
- **Doppelzahlung bei Unfalltod**
- **Versicherung auch für Angehörige.**

**Handeln Sie jetzt:** Schicken Sie uns heute noch Ihren ausgefüllten und unterschriebenen Antrag zu.

Mit den besten Empfehlungen  
Ihr Bildungs- und Förderungswerk

**PS: Durch die Zuwendungserklärung erhalten wir die Mittel, die uns in die Lage versetzen, Ihnen die vorteilhafte Gruppen-Sterbegeldversicherung anzubieten und unsere satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen. Wenn Sie dazu weitere Informationen benötigen, fordern Sie diese bei uns an.**

**BILDUNGS- UND FÖRDERUNGSWERK DER GEW IM DGB E.V.**  
BFW der GEW, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt, Telefon (0 69) 7 89 73-205

---

I. Ich erkläre zum nächstmöglichen Termin meinen **Beitritt zum BFW der GEW** und erkenne den Mitgliedsbeitrag von monatlich fünf Cent an.\*

---

II. Ich erkläre meinen **Beitritt zur Sterbegeldversicherung** (Bedingungen s. Rückseite) aufgrund des Gruppenvertrages zwischen der DBV-Winterthur Lebensversicherung AG und dem BFW der GEW und beantrage die nachstehend angekreuzte Versicherungssumme (bei einer Erhöhung die neue **Gesamt-Versicherungssumme**).

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

**Neuantrag**  **Erhöhungsantrag auf** – bitte ankreuzen –

Vers.-Summe:

<input type="checkbox"/> 1 000 Euro	<input type="checkbox"/> 5 000 Euro	<input type="checkbox"/> 9 000 Euro
<input type="checkbox"/> 2 500 Euro	<input type="checkbox"/> 6 500 Euro	<input type="checkbox"/> 10 000 Euro
<input type="checkbox"/> 4 000 Euro	<input type="checkbox"/> 8 000 Euro	<input type="checkbox"/> 12 500 Euro

PLZ:  Ort:

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

**Neuantrag**  **Erhöhungsantrag auf** – bitte ankreuzen –

Vers.-Summe:

<input type="checkbox"/> 1 000 Euro	<input type="checkbox"/> 5 000 Euro	<input type="checkbox"/> 9 000 Euro
<input type="checkbox"/> 2 500 Euro	<input type="checkbox"/> 6 500 Euro	<input type="checkbox"/> 10 000 Euro
<input type="checkbox"/> 4 000 Euro	<input type="checkbox"/> 8 000 Euro	<input type="checkbox"/> 12 500 Euro

Straße/Nr.:

---

III. **Abbuchungsermächtigung (ist grundsätzlich erforderlich)**

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Beiträge (einschl. BFW-Beiträge) bis auf schriftlichen Widerruf entsprechend der nachstehend angekreuzten Zahlungsweise im Lastschriftverfahren eingezogen werden:

**monatl.**  **quartalsweise** (im Feb., Mai, Aug., Nov.)  **kalenderhalbjährl.** (im Feb., Aug.)  **kalenderjährl.** (im Mai).

Der Mindestbetrag der Abbuchung muss 5,00 Euro betragen.

Kto-Nr.:  BLZ:  Institut:

---

IV. **Zuwendungserklärung**

**Die während meiner Mitgliedschaft auf die Sterbegeldversicherung anfallenden Grund-Überschussanteile werden mit den von mir zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet. Bis auf meinen jederzeit möglichen Widerruf wende ich dem BFW der GEW laufend Beträge in Höhe der jeweils verrechneten Überschussanteile zu. Dadurch kommen diese Beträge wirtschaftlich nicht mir, sondern dem BFW der GEW zu 64 Prozent für satzungsgemäß obliegende Aufgaben und zu 36 Prozent zur Förderung der Sterbegeldeinrichtung (Kostendeckungsmittel) zugute. Über die Höhe der Zuwendung gibt das BFW auf Anfrage jederzeit Auskunft. \*Bei Widerruf der Zuwendungserklärung beträgt der BFW-Mitgliedsbeitrag 2,50 Euro.**

---

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Datum	Unterschrift 1. Antragsteller	Unterschrift 2. Antragsteller	Unterschrift des Kontoinhabers

---

**Wichtig**

**Bevor Sie diesen Antrag unterschreiben, lesen Sie bitte auf der Rückseite die Schlusserklärungen der zu versichernden Person. Die Schlusserklärungen enthalten u. a. die Einwilligungsklausel nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und Hinweise zum Widerspruchsrecht; sie sind wichtiger Bestandteil des Vertrages. Sie machen mit Ihrer Unterschrift die Schlusserklärungen zum Inhalt dieses Antrags.**

---

Wird vom Versicherer ausgefüllt	Versicherungssumme	Versicherungsbeginn																																												
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">5</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">8</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">6</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">6</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">X</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> </tr> <tr> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">5</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">8</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">6</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">6</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">X</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> </tr> </table>	5	8	6	6	X	1	1	1				5	8	6	6	X	1	1	1				<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">0</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">0</td> </tr> <tr> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;"> </td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">0</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">0</td> </tr> </table>			0	0			0	0	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">2</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">2</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">0</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">0</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">5</td> </tr> <tr> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">1</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">2</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">2</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">0</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">0</td> <td style="border: 1px solid black; text-align: center;">5</td> </tr> </table>	1	1	2	2	0	0	5	1	1	2	2	0	0	5
5	8	6	6	X	1	1	1																																							
5	8	6	6	X	1	1	1																																							
		0	0																																											
		0	0																																											
1	1	2	2	0	0	5																																								
1	1	2	2	0	0	5																																								

- Produktbeschreibung** Die Versicherungsleistung wird beim Tod der versicherten Person fällig. Das Höchst Eintrittsalter beträgt 80 Jahre. Der Versicherer verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung; stattdessen gilt beim Tod der versicherten Person im ersten Versicherungsjahr folgende Staffelung der Versicherungsleistung: Bei Tod im ersten Monat: Rückzahlung des eingezahlten Beitrags; bei Tod im zweiten Monat: Zahlung von 1/2 der Versicherungsleistung; bei Tod im 3. Monat: Zahlung von 1/2 der Versicherungsleistung usw.; allmonatlich um 1/2 der Versicherungsleistung steigend bis zur vollen Versicherungsleistung ab Beginn des zweiten Versicherungsjahres.
- Überschussbeteiligung** Stirbt die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres infolge eines im ersten Versicherungsjahr eingetretenen Unfalls, wird stets die volle Versicherungsleistung erbracht.
- Die von der DBV-Winterthur Lebensversicherung AG laufend erwirtschafteten Überschüsse werden in Form von Grund- und Zinsüberschussanteilen weitergegeben. Die Grundüberschussanteile werden mit den von Ihnen zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet (**siehe umstehende Zuwendungserklärung**). Die Zinsüberschussanteile werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt.
- Ber. des Eintrittsalters** Beginnjahr der Versicherung minus Geburtsjahr der zu versichernden Person = Eintrittsalter.
- Beitragszahlung** Die Beiträge sind bis zum Ende des Monats zu entrichten, in dem die versicherte Person stirbt; längstens jedoch bis zum Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das rechnungsmäßige 85. Lebensjahr vollendet.

Monatsbeiträge in Euro für			<b>je 500 Euro Versicherungssumme</b>						Produkt VG 9/2004		
Für andere Versicherungssummen ist der Beitrag entsprechend zu vervielfältigen. Dadurch können sich Rundungsdifferenzen ergeben.											
Eintrittsalter	Frauen	Männer	Eintrittsalter	Frauen	Männer	Eintrittsalter	Frauen	Männer	Eintrittsalter	Frauen	Männer
15	0,46 EUR	0,54 EUR	35	0,75 EUR	0,90 EUR	55	1,50 EUR	1,93 EUR	75	5,00 EUR	6,08 EUR
16	0,47 EUR	0,55 EUR	36	0,77 EUR	0,93 EUR	56	1,57 EUR	2,01 EUR	76	5,52 EUR	6,62 EUR
17	0,48 EUR	0,56 EUR	37	0,79 EUR	0,96 EUR	57	1,64 EUR	2,11 EUR	77	6,14 EUR	7,27 EUR
18	0,49 EUR	0,58 EUR	38	0,81 EUR	0,99 EUR	58	1,71 EUR	2,21 EUR	78	6,91 EUR	8,06 EUR
19	0,50 EUR	0,59 EUR	39	0,84 EUR	1,03 EUR	59	1,80 EUR	2,32 EUR	79	7,91 EUR	9,07 EUR
20	0,51 EUR	0,60 EUR	40	0,87 EUR	1,06 EUR	60	1,89 EUR	2,43 EUR	80	9,25 EUR	10,41 EUR
21	0,52 EUR	0,62 EUR	41	0,89 EUR	1,10 EUR	61	1,98 EUR	2,55 EUR			
22	0,53 EUR	0,63 EUR	42	0,92 EUR	1,14 EUR	62	2,09 EUR	2,69 EUR			
23	0,55 EUR	0,65 EUR	43	0,96 EUR	1,18 EUR	63	2,20 EUR	2,83 EUR			
24	0,56 EUR	0,66 EUR	44	0,99 EUR	1,23 EUR	64	2,32 EUR	2,98 EUR			
25	0,57 EUR	0,68 EUR	45	1,02 EUR	1,27 EUR	65	2,45 EUR	3,15 EUR			
26	0,59 EUR	0,70 EUR	46	1,06 EUR	1,32 EUR	66	2,60 EUR	3,33 EUR			
27	0,60 EUR	0,71 EUR	47	1,10 EUR	1,38 EUR	67	2,76 EUR	3,53 EUR			
28	0,62 EUR	0,73 EUR	48	1,14 EUR	1,43 EUR	68	2,94 EUR	3,75 EUR			
29	0,63 EUR	0,75 EUR	49	1,18 EUR	1,49 EUR	69	3,14 EUR	3,99 EUR			
30	0,65 EUR	0,78 EUR	50	1,23 EUR	1,55 EUR	70	3,37 EUR	4,25 EUR			
31	0,67 EUR	0,80 EUR	51	1,27 EUR	1,62 EUR	71	3,62 EUR	4,54 EUR			
32	0,69 EUR	0,82 EUR	52	1,33 EUR	1,69 EUR	72	3,90 EUR	4,87 EUR			
33	0,70 EUR	0,85 EUR	53	1,38 EUR	1,76 EUR	73	4,23 EUR	5,23 EUR			
34	0,72 EUR	0,87 EUR	54	1,44 EUR	1,84 EUR	74	4,60 EUR	5,64 EUR			

**Unfall-Zusatzversicherung** Lt. den Bedingungen für die Unfall-Zusatzversicherung ist diese Zusatzversicherung – außer bei Eintrittsaltern ab 75 Jahren – stets eingeschlossen. Der Zusatzbeitrag für die Unfall-Zusatzversicherung beträgt je 1000 EUR Sterbegeld monatlich 0,08 EUR; er ist in den entsprechenden Beiträgen der Tabelle bereits enthalten. Bei Tod infolge eines Unfalles vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, wird das doppelte Sterbegeld gezahlt. Stirbt die versicherte Person danach, leistet der Versicherer dennoch in folgenden Fällen: Der Unfall muss bei der Benutzung eines dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Verkehrsmittels eingetreten **und** das Verkehrsmittel muss diesem Unfall selbst ausgesetzt gewesen sein.

**Schlussfolgerungen der zu versichernden Person**

- Willenserklärungen** Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeld-Versicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts.  
**Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.**
- Schweigepflicht-entbindungserklärung** Der Versicherer darf nur bei Freitod innerhalb der ersten drei Versicherungsjahre oder bei einem Unfalltod die Ärztinnen/Ärzte, welche die Todesursache feststellen werden, und die Ärztinnen/Ärzte und Heilkundigen, die mich im letzten Jahr vor meinem Tod untersuchen oder behandeln werden, sowie Behörden – mit Ausnahme von Sozialversicherungsträgern – über die Todesursache oder die Krankheiten, die zum Tod geführt haben, befragen. Insoweit entbinde ich alle, die hiernach befragt werden, von der Schweigepflicht auch über meinen Tod hinaus.
- Widerspruchsrecht** **Ich kann dem Versicherungsvertrag bis zum Ablauf von einem Monat nach Zugang des Versicherungsscheins, der Versicherungsbedingungen und der übrigen Verbraucherinformationen widersprechen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.**
- Versicherungsbedingungen** Für die Versicherung gelten die Allgemeinen Bedingungen für die Gruppen-Sterbegeld-Versicherung nach Sondertarifen (Vertragsgrundlage 260), die Bedingungen für die Unfall-Zusatzversicherung (Vertragsgrundlage 500) und die Verbraucherinformationen nach § 10 a VAG. Diese werden mit dem Versicherungsschein und einer Kopie des Antrags übersandt; auf Wunsch können die Allgemeinen Bedingungen auch schon bei Antragstellung ausgehändigt werden. Maßgeblich für den Versicherungsvertrag sind ausschließlich die bei Policierung ausgehändigten Unterlagen.
- Einwilligungsklausel nach dem BDSG** Ich willige ein, dass die Versicherer der DBV-Winterthur Gruppe allgemeine Antrags-, Vertrags-, Abrechnungs- und Leistungsdaten in gemeinsamen Datensammlungen führen, soweit dies der ordnungsgemäßen Durchführung meiner Versicherungsangelegenheiten dient.
- Allgemeine Hinweise** Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 13 08, 53003 Bonn.  
Besondere Vereinbarungen sind nur mit Zustimmung des Versicherers wirksam.  
Eine bestehende Versicherung aufzugeben und dafür eine neue Versicherung abzuschließen, ist für die zu versichernde Person im allgemeinen unzumutbar und wird daher von den Versicherungsunternehmen nicht gewünscht.
- Versicherungsträgerin** DBV-Winterthur Lebensversicherung  
Aktiengesellschaft  
Sitz: Wiesbaden (AG WI – 21 HRB 7501)





## Geheime Botschaft

(E&W 11/2005: Schwerpunkt „Gewalt an Schulen“)

Das Bild auf Seite 6, das dem Leitartikel vorangestellt ist, verblüfft den aufmerksamen Betrachter nicht nur durch das konzentriert-entspannte Gesicht des abgebildeten Jungen, sondern auch durch die Tatsache, dass der Fußtritt mit Ballettschuhen ausgeführt wird. Ein paar Seiten weiter, auf Seite 12, steht rechts oben auf der Tafel voller Anklagen und Verzweiflung das Wort „Meia Lua“.

„Meia Lua“ ist eine Figur des afro-brasilianischen Kampfsportes Capoeira. Es ist eine so genannte Angriffsfigur, bei der der Angreifer sein Bein in einem Halbmond (= meia lua) über den in eine Verteidigungsposition geduckten „Gegner“ schwingt. Kampf, Angreifer und Gegner sind in Capoeira symbolisch und nicht real zu nehmen. Die jeweiligen Figuren werden eingesetzt, um gegenseitig „List und Schläue“ zu zeigen.

In Nordbrasilien wird heute Capoeira in der Sozialarbeit eingesetzt. Auch in die Lehrerausbildung wird zunehmend Capoeira integriert, damit auch im Sportunterricht an allgemein bildenden Schulen der traditionelle Kampfsport gelehrt werden kann. Das Eingangsbild von E&W zeigt offensichtlich keineswegs zwei gewalttätige Jugendliche, sondern zwei Jugendliche, die Capoeira, die eine Meia Lua ausführen. Dies ist nicht Gewaltausübung, sondern eine der besten Formen von Gewaltprävention. Ob die Redaktion von E&W diese geheime Botschaft, die sie da auf Seite 6 verpackt hat, gehaut hat?

Prof. Dr. Wolfgang Martin Stroh,  
Oldenburg

(Anm. d. Red.: Die Redaktion gesteht, sie hat es nicht!)

Weitere Informationen zu Capoeira erhalten Sie auf: [www.uni-oldenburg.de/musik-for/capoeira](http://www.uni-oldenburg.de/musik-for/capoeira)

Informationen darüber, ob es in Ihrer Nähe ein Angebot eines Capoeira-Kurses oder Workshops gibt, finden Sie über die Seite: [www.capoeira.de](http://www.capoeira.de)

## Point of view

(E&W 11/2005: Schwerpunkt Gewalt, Foto Seite 6)

Das (vermutlich gestellte) Foto auf Seite 6 zeigt einen Jungen, der mit einer eleganten Bewegung einen Gegner zu Boden zwingt. Dieses Foto macht wahrscheinlich sämtliche übrigen Botschaften Ihres Heftes zunichte. Ich als 13-jähriger Junge würde aus diesem Foto jedenfalls Folgendes lernen: 1.) Prügeln ist schick. 2.) Wer prügelt, wird fotografiert und kommt in die Zeitung. 3.) Wer friedfertig ist, wird nicht fotografiert, bleibt also unbekannt. 4.) Lehrerinnen sind Heuchlerinnen; sie predigen Friedfertigkeit, aber ihre Fotos zeigen, dass sie „starke“, gewalttätige Jungs in Wirklichkeit bewundern.

Jens Jürgen Korff, Bielefeld  
(Anm. d. Red.: s. auch den Leserbrief von Prof. Wolfgang Martin Stroh)

## Ignorant

(E&W 11/2005, S. 10-11, Interview mit Christian Pfeiffer zu „Gewalt an Schulen“)

Für Herrn Pfeiffer sind die Ursachen von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen klar. Es sind die „Machowerte“ bei Türken, Ex-Jugoslawen und Aussiedlern. Sie bedingen u. a., dass jeder zehnte männliche türkische Jugendliche mindestens fünf Gewaltdelikte begangen hätte. „Deutsche Jugendliche werden am häufigsten zum Opfer.“ Herrn Pfeiffer als ehemaligem Justizminister sollte bekannt sein, dass Aussiedler die einzige Bevölkerungsgruppe sind, deren Anerkennung als Deutsche vom Nachweis ihres deutschen Stammbaums abhängt.

Eine gefährliche Botschaft, die Herr Pfeiffer bereits seit Jahren verbreitet. Völlig ausgeblendet werden soziale Ursachen wie der besonders hohe Anteil von Ausländern an den ALG II- und Sozialhilfeempfängern, das faktische Arbeitsverbot für viele Ausländer. Die Arbeitslosigkeit unter ausländischen Jugendlichen in Niedersachsen nahm im vergangenen Jahr um mehr als 63 Prozent zu.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, spricht von „Katastrophe“ in Bezug auf die schlechte Ausbildung von Migrantenkindern. Die Ergebnisse von PISA 2003 geben weitere gravierende Anhaltspunkte zu Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen, insbesondere aus Migrantenfamilien. Wohin die Ignoranz sozialer Ursachen, von Chancen- und Perspektivlosigkeit angesichts hoher Jugendarbeitslosigkeit und die gleichzeitige Stigmatisierung ausländischer Jugendlicher durch Politiker führen kann, wird uns z. Z. allabendlich aus den Pariser Vororten berichtet.

Sonja Ryll, Emden

## Rundum informativ

(E&W 11/2005: Schwerpunkt und mehr)

Heute lag die E&W im Briefkasten und wie immer ist es ein rundum informatives Heft. Das Titelthema und andere Artikel passen genau zu der Unterrichtsreihe, die ich zurzeit in meinem Leistungskurs Pädagogik durchführe.

Gerhard Otto, Dortmund

## Zwangsverheiratung

(E&W 10/2005, Seite 18: „Partner gleicher Herkunft bevorzugt“)

Frau Yasemin Karakasoglu hat Recht, wenn sie davor warnt, Zwangsverheiratung und Ehrenmorde als allgemeinen Brauch in muslimischen Migrantenfamilien zu betrachten. Nur: Ist dieser Eindruck wirklich geweckt worden? Es ist außerordentlich zu begrüßen, dass die Medien endlich das Thema aufgegriffen haben und die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhält. Keinesfalls darf jetzt der Anschein entstehen, das Problem sei aufgebauscht worden und in Wahrheit eher selten oder harmlos. Zahlen darüber, wie viele zwangsverheiratete Frauen in unserem Land leben, kann es nicht geben; den Schritt, sich an Hilfseinrichtungen zu wenden und damit einen Bruch mit der eigenen Familie zu riskieren, gehen nur die verzweifeltsten Mädchen, die so genannten „Importbräute“ überhaupt nicht. Eine Umfrage der Berliner Senatsverwaltung bei 50 Hilfseinrichtungen ergab allein 230 Fälle in Berlin im

Jahr 2002, ungeachtet der Dunkelziffer natürlich. Viel Informationsbedarf besteht über die Abgrenzung zwischen Zwangsverheiratung und arrangierter Ehe, über den Begriff der Familienehre, über die Gründe der Migrantenfamilien, an dieser Uraltradition besonders festzuhalten, die nicht vom Islam vorgeschrieben ist, über Rechtsfragen, Hilfsmöglichkeiten und vieles mehr.

Barbara Simons, Stuttgart

## Zeitgeist?

(E&W 11/2005, Seite 18: „Vize-Chefin“)

Seit mehr als 30 Jahren bin ich Mitglied der GEW, einer – wie ich glaub(te) – demokratischen Organisation, die von unten nach oben und nicht umgekehrt organisiert ist. Mit Erstaunen habe ich deshalb in der neuesten E&W von meiner/unserer „Vizechefin Marianne Demmer“ gelesen. Bisher hatte ich angenommen, die Kollegen des Vorstandes seien von unseren Delegierten auf Zeit gewählt worden, um unsere Interessen zu vertreten, und nicht unsere Vorgesetzten. Im Ernst: Ist das „nur“ Gedankenlosigkeit oder Anpassung an den Zeitgeist? Oder der verunglückte Versuch einer „lockeren Schreibe“?

Volker Erhardt (per E-Mail)

## Unter Niveau

(E&W 11/2005, Seite 48: „Diesmal“)

Der Cartoon dokumentiert aus meiner Sicht einen politischen Stil, den ich erschreckend finde. Man mag vieles an den Parteien und an Politikern zu Recht und in aller Schärfe kritisieren. Aber dieser Cartoon wird der Demokratie in unserem Staat und den zu lösenden politischen Problemen nicht im Ansatz gerecht. Politiker und Parteien als Wölfe darzustellen, die – von Gier getrieben – nichts wollen als das wehrlose Volk zu ihrem Vorteil zu zerfleischen, das ist noch unter dem Niveau eines durchschnittlichen Wirtschaftsstammtischs. Würde man Karikaturen gleicher Form und Aussage quer durch die Geschichte suchen, Sie würden sich wundern, in welche anrühige Gesellschaft sich die GEW da begibt.

Wilfried Sauter, Essen

# Recht und Rechtsschutz

## 12/2005

Informationen der GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.

Verantwortlich: Paul Michel, Volker Busch, Gerhard Jens

57. Jahrgang

Sozialversicherungsbeiträge der Kinder abzugsfähig

### BverG-Entscheid zum Kindergeld

*Der Verdienst etwa von Auszubildenden, Schülern und Studenten darf 7680 Euro im Jahr nicht überschreiten, wenn das Kindergeld weiter fließen soll. Sozialversicherungsbeiträge werden bei der Berechnung des Bruttoverdienstes nicht mit einbezogen.*

Nach § 62 Einkommensteuergesetz (EStG) erhalten Eltern für jedes Kind monatlich 154 Euro und ab dem vierten Kind für dieses und alle weiteren Kinder monatlich 179 Euro Kindergeld. Daneben kann die Freistellung des Existenzminimums eines Kindes auch durch Steuerfreibeträge (§ 32 EStG) herbeigeführt werden. Im Besteuerungsverfahren wird dann geprüft, ob die Steuerfreistellung des Existenzminimums des Kindes für den Kindergeldberechtigten günstiger ist als die direkte Leistung Kindergeld. Wenn das der Fall ist, erfolgt ein entsprechender Ausgleich. (Die Steuerfreibeträge wirken sich allerdings nur bei sehr hohem Einkommen aus, so dass im Regelfall der Kindergeldbezug günstiger ist.) Sofern das Kind nach Vollendung des 18. Lebensjahres ein eigenes Einkommen bezieht, darf dies die Grenze von derzeit 7680 Euro im Jahr (das entspricht monatlich einem Betrag von 640 Euro) nicht überschreiten, um den Anspruch auf Zahlung des Kindergeldes und auch Einräumung des Steuerfreibetrages nicht zu verlieren.

Bisher war umstritten, ob aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung des Kindes die Sozialversicherungsbeiträge zur Ermittlung der Einkommensgrenze herangezogen werden dürfen oder nicht. Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht (BverG) in einem Beschluss vom 11. Januar 2005 (Az.: 2 BvR 167/02) entschieden, dass Sozialversicherungsbeiträge nicht in die Bemessungsgröße von derzeit 7680 Euro einbezogen werden dürfen. Vom Bruttoeinkommen des Kindes sind also die

Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen und nur der sich daraus ergebende Betrag ist maßgebend für die Entscheidung, ob die Bemessungsgrenze überschritten ist oder nicht, also ein Anspruch auf Kindergeld bzw. die Einräumung eines Steuerfreibetrages besteht. Die Entscheidung ist bedeutsam sowohl für Schüler und Studenten, die nebenher einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, als auch für Auszubildende, deren Auszubildungsvergütung häufig im Grenzbereich der Bemessungsgröße liegt.

Die zuständigen Familienkassen sind angewiesen worden, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Dies gilt für die Zukunft und für alle offenen Verfahren, d. h. bei neuen Kindergeldanträgen und Widersprüchen gegen Kindergeldbescheide, über die noch nicht entschieden ist.

Würde in der Vergangenheit kein Kindergeldantrag gestellt, weil man vom Überschreiten der Verdienstgrenze ausging, kann man rückwirkend bis zum Jahr 2001 Kindergeld beantragen. (Die Grenze lag 2001 bei 14 040 DM; 2002 bis 2003 bei 7188 Euro und ab 2004 bei 7680 Euro.) Bei rechtskräftigen Ablehnungsbescheiden ist derzeit umstritten, ob rückwirkend ein neuer Antrag gestellt bzw. die Abänderung des Ablehnungsbescheides beantragt werden kann. Wir empfehlen, einfach einen Antrag zu stellen und parallel die Abänderung des Ablehnungsbescheides zu beantragen.

Wenn Einkommensteuerbescheide noch „offen“ sind (weil vom Finanzamt für vorläufig erklärt, unter den Vorbehalt der Nachprüfung gestellt oder mit dem Einspruch angefochten), wird das Finanzamt von sich aus rückwirkend bis maximal 2001 den Kinderfreibetrag berücksichtigen müssen. Hierzu sollten Betroffene ihrem Finanzamt die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge ihrer Kinder in den jeweiligen Kalenderjahren mitteilen. Bei rechtskräftigen Steuerbescheiden wird wohl eine rückwirkende Änderung nicht mehr durchzusetzen sein, vorsorglich könnte man diese aber zunächst beantragen und die Entscheidung des Finanzamtes abwarten.

Elke Griesel,  
Juristin der GEW Sachsen

Auch bei vorheriger Teilzeitarbeit:

### Vordienstzeit erhöht Ruhestandsgehalt

*Ein früheres Angestelltenverhältnis kann den Ruhestandsanspruch eines Beamten erhöhen, wenn dieser vor der Verbeamtung in seinem Beruf tätig war.*

Diese Regelung gilt auch für Teilzeitarbeit, wenn es sich dabei um eine hauptberufliche Tätigkeit handelte. Davon ist auszugehen, wenn die Arbeit der vorausgegangenen Schul- und Berufsausbildung entsprach und nachweislich keine Nebentätigkeit war.

Für die Anerkennung seiner Vordienstzeit klagte ein Lehrer erfolgreich gegen das Land Hessen: Im Anschluss an sein Zweites Staatsexamen war er etwa sieben Jahre lang nahezu lückenlos als angestellte Lehrkraft aktiv, allerdings mit Lehraufträgen für zwölf bis 13 Wochenstunden. Erst 1982/83 wurde er in das Beamtenverhältnis übernommen. Als der Kläger im Jahr 2000 in den Ruhestand versetzt wurde, lehnte das Land die Anerkennung der Vordienstzeit ab, da es sich nicht um eine hauptberufliche Tätigkeit gehandelt habe.

Dieser Argumentation folgte das Bundesverwaltungsgericht nicht. Es bezog sich auf das Beamtenversorgungsgesetz, das ausdrücklich Vordienstzeiten anerkennt, die nach dem 17. Lebensjahr im öffentlichen oder nicht nichtöffentlichen Schuldienst hauptberuflich erbracht werden, wenn die ausgeübte Tätigkeit zur Verbeamtung führt.

Nach Ansicht der Richter trafen alle Gesichtspunkte auf den Kläger zu. Zudem erkannten sie seine Dienstzeit als Angestellter als eine hauptberufliche Tätigkeit an: Er habe die geringe Unterrichtsstundenzahl nicht freiwillig gewählt, sondern seine Arbeitskraft lückenlos und vor allem voll zur Verfügung gestellt. Auch Nebentätigkeiten habe er nachweislich nicht ausgeübt. Die Lehraufträge stellten den Schwerpunkt seiner Berufstätigkeit dar.

Der Kläger habe als angestellte Lehrkraft entsprechend seiner Ausbildung gearbeitet und sei schließlich auch als Lehrer verbeamtet worden. (Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 25. Mai 2005 – 2 C 20 04)

BverG-Entscheid zum Kindergeld

Verdienstzeit erhöht Ruhestandsgehalt

# Diesmal

## Beamtenweihnacht



Cartoon: Thomas Pläßmann